

Bönke, Timm; Harnack, Astrid; Wetter, Miriam

Working Paper

Wer gewinnt? Wer verliert? Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt seit den frühen Jahren der Bundesrepublik bis heute

Discussion Paper, No. 2019/4

Provided in Cooperation with:

Free University Berlin, School of Business & Economics

Suggested Citation: Bönke, Timm; Harnack, Astrid; Wetter, Miriam (2019) : Wer gewinnt? Wer verliert? Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt seit den frühen Jahren der Bundesrepublik bis heute, Discussion Paper, No. 2019/4, Freie Universität Berlin, School of Business & Economics, Berlin,
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:188-refubium-24150-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/193958>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wer gewinnt? Wer verliert?

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt seit den frühen Jahren der Bundesrepublik bis heute

Timm Bönke
Astrid Harnack
Miriam Wetter

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Diskussionsbeiträge

Economics

2019/4

Wer gewinnt? Wer verliert?

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt seit den frühen Jahren der Bundesrepublik bis heute

Timm Bönke

(timm.boenke@fu-berlin.de)
Freie Universität Berlin

Astrid Harnack

(a.harnack@fu-berlin.de)
Freie Universität Berlin

Miriam Wetter

(miriam.wetter@fu-berlin.de)
Freie Universität Berlin

März 2019

Abstract

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben verschiedene Megatrends die Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt maßgeblich beeinflusst. Insbesondere die voranschreitende Globalisierung hat zur weiteren Öffnung der deutschen Volkswirtschaft geführt und den sektoralen Strukturwandel, das heißt den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft beschleunigt. Gleichzeitig hat das durchschnittliche Wirtschaftswachstum seit den 1950er-Jahren bedeutend nachgelassen. Auf dem Arbeitsmarkt wurden zudem schon Jahrzehnte vor der Einführung der Hartz-Reformen Flexibilisierungsmaßnahmen durchgesetzt, um einem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Insgesamt unterlag der Arbeitsmarkt in den vergangenen 60 Jahren einem starken Wandel. Wir identifizieren Gewinner und Verlierer dieser Entwicklung in einer multidimensionalen Betrachtung der Entwicklung in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung, Qualifikationsniveau der Beschäftigung und Einkommensentwicklung. Die Analyse wird mit harmonisierten Mikrodaten (Mikrozensus 1962-2013) auf Individualebene und auf dem Haushaltslevel durchgeführt.

Keywords: Mikrozensus, langfristige Arbeitsmarktentwicklung, Deutschland

JEL Codes: D30, J40, O52

Danksagung: Wir danken der Bertelsmann Stiftung für die finanzielle Unterstützung (Bertelsmann – Vereinbarungsnummer 8906; FUB-Vertragsnummer 2017000381). Diese Studie ist unter einer Creative Common Lizenz vom Typ CC-BY-SA 4.0 international zugänglich.

1 Einleitung

Der Arbeitsmarkt und die Arbeitswelt befinden sich in einem grundlegenden Wandel. Vor allem die fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung sowie der demographische Wandel stellen zentrale Megatrends dar, die die Zukunft der Beschäftigung sowie die damit verbundene Frage nach einer effektiven Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme nachhaltig prägen.

Zwar herrscht derzeit noch erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der konkreten Gesamtbeschäftigungseffekte durch diese Trends, doch spätestens seit der Studie von Frey & Osborne (2013) und der dort vorgestellten empirischen Prognose, der zufolge 47 Prozent aller Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten von Automatisierung bedroht sind, hat die Sorge um die „Arbeitswelt von morgen“ in Politik und Öffentlichkeit eine weitreichende Debatte ausgelöst. Gewiss ist, dass die genannte Prognose einen nützlichen Anstoß zur Auseinandersetzung mit dem Thema gegeben hat. Ungewiss ist jedoch, wie genau sie ist – trifft sie doch keine Aussage darüber, in welchem Ausmaß neue Technologien Arbeit tatsächlich ersetzen werden. Unstrittig ist indes, dass die Welt der Beschäftigung deutlich heterogener und dynamischer wird. So werden sich etwa die Berufe und Tätigkeiten deutlich wandeln.

Die Tatsache, dass heute weit mehr Menschen als früher hybride und unstete Erwerbsverläufe aufweisen, ist Ausdruck eines grundlegenden Flexibilisierungstrends und anhaltender struktureller Veränderungen. Daneben zeigen erste Ergebnisse eine Spreizung der Entlohnung sowie der Lebenserwerbseinkommen und eine steigende Arbeitsunsicherheit in den Erwerbsverläufen westdeutscher Männer (Bönke et al. 2015a). Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: Neben gesellschaftlichen Phänomenen wie dem technologischen Fortschritt, der Globalisierung und dem sektoralen Wandel spielen auch die ab den 1980er-Jahren einsetzenden institutionellen Änderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt wie Befristung und Zeitarbeit eine bedeutende Rolle. Zudem ist gerade in den gering entlohnten Berufsgruppen das Beschäftigungswachstum der letzten Jahre vor allem durch den Zuwachs atypischer Beschäftigungsformen gekennzeichnet. Als atypisch zu bezeichnen sind etwa befristete Verträge, Teilzeitverträge, geringfügige Beschäftigung, Zeit- und Leiharbeit, Werkverträge oder Soloselbstständigkeit.

Aus all diesen Herausforderungen leitet sich eine grundlegende Frage ab: Wie lassen sich auf dem sich wandelnden Arbeitsmarkt Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten für möglichst alle – heute und auch in Zukunft – gewährleisten?

Die vorliegende Studie bildet den ersten Teil einer dreiteiligen Reihe von Untersuchungen dieser zentralen Frage. Ziel dieser Studienreihe ist es, die Auswirkungen der historischen, aktuellen und prognostizierten Trends am Arbeitsmarkt auf die individuelle Beschäftigungssituation und die künftigen Lebenserwerbseinkommen zu untersuchen. Um Zukunftsszenarien simulieren zu können,

befassen wir uns in dieser ersten Studie zunächst eingehend mit der Analyse des Arbeitsmarkts der vergangenen sechs Dekaden. Der Blick in die Vergangenheit hilft uns, gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen einzuordnen und zu bewerten.

Als Datengrundlage dient uns dabei der Mikrozensus, eine seit 1957 fast jährlich durchgeführte repräsentative Befragung privater Haushalte in Deutschland, die einen Anteil von einem Prozent an der Grundgesamtheit ausmachen. Die Aufarbeitung und Harmonisierung der vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Mikrodaten ermöglicht es uns, erstmals ein großes und möglichst umfassendes Bild zu entwerfen, das die Gewinner und Verlierer der Arbeitsmarktentwicklungen der letzten sechs Jahrzehnte herausstellt. Dabei stützen wir uns in unserer Bewertung nicht nur auf isolierte Merkmale wie Erwerbsbeteiligung, Tätigkeiten oder Einkommen, sondern betrachten diese Indikatoren der individuellen Beschäftigungssituation gemeinsam, das heißt multidimensional, für die verschiedenen Wirtschaftsphasen der letzten Jahrzehnte.

Im Mittelpunkt unserer Analyse stehen die folgenden Fragen:

1. Wie wurde der deutsche Arbeitsmarkt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst?
2. Welche Entwicklungen sind vor diesem Hintergrund in individuellen Erwerbsverläufen zu erkennen?
3. Wie haben sich die Arbeitsmarktentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Haushaltskontext ausgewirkt und welchen Einfluss hatten die Erwerbsentscheidungen von Frauen auf die ökonomische Situation von Haushalten?

Die vorliegende Studie kommt zu dem Ergebnis, dass aufgrund der gestiegenen Erwerbsbeteiligung und der damit einhergehenden Einkommenszuwächse vor allem mittel- und hochqualifizierte Frauen als Gewinnerinnen der Arbeitsmarktentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu betrachten sind. Ein positiver Einkommensrend ist auch bei alleinerziehenden Müttern zu beobachten, jedoch ist hier weiterhin deren allgemein sehr geringes Einkommen zu beachten. Auch unter den Männern haben Hochqualifizierte starke Einkommensgewinne zu verzeichnen. Verlierer sind dagegen Geringqualifizierte und Geringverdiener, sowohl alleinstehende Frauen als auch alleinstehende Männer, in West- und Ostdeutschland.

Unser Vorgehen untergliedert sich wie folgt: Zunächst betrachten wir die verschiedenen wirtschaftlichen Phasen in der Geschichte der Bundesrepublik, die unterschiedliche Auswirkungen auf die Arbeitsmarktentwicklung hatten (Kapitel 2). Anschließend untersuchen wir, wie sich das Bildungsniveau der Bevölkerung, die Erwerbsbeteiligung, die Entwicklung von Tätigkeitsklassen nach bestimmten Qualifikationsanforderungen und die Einkommen, differenziert nach Geschlecht und Region, entwickelt haben und welche Personengruppen aufgrund dieser Entwicklungen als Gewinner

bzw. als Verlierer zu betrachten sind (Kapitel 3). Im darauffolgenden Kapitel beleuchten wir, wie sich die Arbeitsmarktentwicklungen auf die ökonomische Situation von Haushalten ausgewirkt haben. Aus der Sicht der Haushalte spielt die Erwerbsbeteiligung von Frauen eine zentrale Rolle. Wir betrachten daher in einem ersten Schritt, wie sich die Erwerbstätigkeit und die Einkommen alleinstehender und verheirateter Frauen entwickelt haben, und untersuchen anschließend, welche Auswirkungen dies auf die ökonomische Stellung der entsprechenden Haushalte hatte. Inwieweit die beobachteten Trends auf gesellschaftlichen Wandel oder demographische Entwicklungen zurückzuführen sind, wird auf der Basis eines Schätzmodells herausgearbeitet. So ist es möglich, die um die demographischen Entwicklungen bereinigten Einkommensrends darzustellen und somit die Gewinner und Verlierer des gesellschaftlichen Wandels zu identifizieren. Unsere Studie schließt mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse.

2 Eine bewegte Vergangenheit: Der deutsche Arbeitsmarkt von 1950 bis heute

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts ist untrennbar mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbunden, die sich seit der Gründung der Bundesrepublik in die vier folgenden großen Phasen unterteilen lässt, die als Analyseraster für die vorliegende Untersuchung dienen (Kasten 1):

1. die Wirtschaftswunderjahre bis 1971 (blau),
2. eine Phase volatiler Wirtschaftsentwicklung und aufkommender Massenarbeitslosigkeit von 1972 bis 1989 (gelb),
3. die Phase des „kranken Mannes Europas“ bis 2004 (rot) und
4. die bis heute andauernde Phase wirtschaftlicher Erholung seit 2005 (grün).

Zur Bestimmung der Phasen wurde die in Abbildung 1 dargestellte Entwicklung des jährlichen Wirtschaftswachstums (a) und der Arbeitslosigkeit (b) herangezogen. Um besser zu verstehen, wie sich die Rahmenbedingungen des deutschen Arbeitsmarkts in den einzelnen Phasen verändert haben, wurden zusätzlich weitere makroökonomische Indikatoren wie die Entwicklung der Offenheit der deutschen Märkte (c) und der sektoralen Verteilung der Erwerbstätigen (d) dargestellt. Die Offenheit¹ der deutschen Volkswirtschaft kann dabei als Indikator für die Globalisierung des Arbeitsmarkts betrachtet werden, welche unter anderem die Löhne geringqualifizierter Arbeiter beeinflusst und daher die Einkommensungleichheit vergrößern kann (vgl. z. B. Krugman und Venables 1995, Wood 1995). Die sektoralen Anteile zeigen hingegen, zu welchen Anteilen die erwerbstätige Bevölkerung im Agrar-, im Industrie- und im Dienstleistungssektor arbeitet. Dies ist insofern relevant, als in jedem Sektor spezifische Arbeitskonditionen und Tätigkeiten herrschen und sich eine Verlagerung der

¹ Offenheit ist definiert als Außenhandelsquote. Die entsprechende Formel lautet: Außenhandelsquote = (Exporte + Importe)/BIP × 100.

Sektorenanteile daher beispielsweise auch in Form einer zunehmenden Jobunsicherheit oder Lohnspreizung ausdrücken kann.

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads von Arbeitnehmern² (a), die Reichweite von Flächentarifverträgen (b) sowie die Anteile der befristeten Verträge (c) und der Leiharbeit (d) seit 1950. Sowohl die Gewerkschafts- als auch die Tarifabdeckung können als Indikatoren für die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gesehen werden, die sich auf die Lohnhöhe der Arbeitnehmer und auf die Lohnspreizung auswirken kann. Bei den Anteilen befristeter Verträge und der Leiharbeit handelt es sich hingegen um aussagekräftige Indikatoren zur Beurteilung des Regulierungsgrads am Arbeitsmarkt, die sich jährlich erheben lassen.

Auch die allgemeinen Änderungen der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen können wir bei unserer Betrachtung nicht vernachlässigen. So sind in Tabelle 1 die wichtigsten gesetzlichen Arbeitsmarktänderungen von 1950 bis 2018 zusammengefasst.

Erste Phase: Wirtschaftswunderjahre, 1950 bis 1971

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand die junge Bundesrepublik vor der Aufgabe, das stark zerstörte Land wieder aufzubauen. Die Nachfrage nach Gütern war dadurch zwangsläufig hoch. Auf der Angebotsseite wurde die Produktion durch die Umsiedlung ostdeutscher Industriefirmen nach Westdeutschland begünstigt (Buenstorf und Guenther 2010). Während die hohe Arbeitsmarktnachfrage Ende der 1940er-Jahre noch durch den Zuzug vertriebener Deutscher aus den ehemaligen Reichsgebieten gedeckt werden konnte, führte der Arbeitskräftemangel ab Mitte der 1950er-Jahre zur Anwerbung sogenannter Gastarbeiter aus Italien (1955), Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und dem ehemaligen Jugoslawien (1968) (Bundeszentrale für politische Bildung 2012). Die Wirtschaftswunderjahre waren daher insbesondere durch ein hohes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet (Abbildung 1, Grafik a). Während das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in dieser Phase bei etwa 6 Prozent lag, spricht die Bundesregierung (2018) heutzutage schon bei einem Wachstum von 2,4 Prozent von einem starken konjunkturellen Aufschwung. Doch nach einer langen Phase sehr hoher Wachstumsraten verzeichnete Deutschland 1967 erstmals ein – wenn auch äußerst leichtes – negatives Wirtschaftswachstum von minus 0,3 Prozent. Zu dieser Zeit herrschte allerdings noch die Ansicht vor, dass das hohe Wirtschaftswachstum anhalten und es nur zu vereinzelt kleineren Wachstumseinbrüchen kommen werde.

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Studie bei der Nennung von Personengruppen zumeist die männliche Form verwendet.

Das durchschnittlich hohe Wirtschaftswachstum ging naturgemäß mit einer sehr geringen Arbeitslosenquote einher (Abbildung 1, Grafik b). Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer arbeiteten in dieser Zeit im Industriesektor (Abbildung 1, Grafik d), der durch einen hohen Grad gewerkschaftlicher Organisation (Abbildung 2, Grafik a) und eine hohe Jobbeständigkeit gekennzeichnet war.

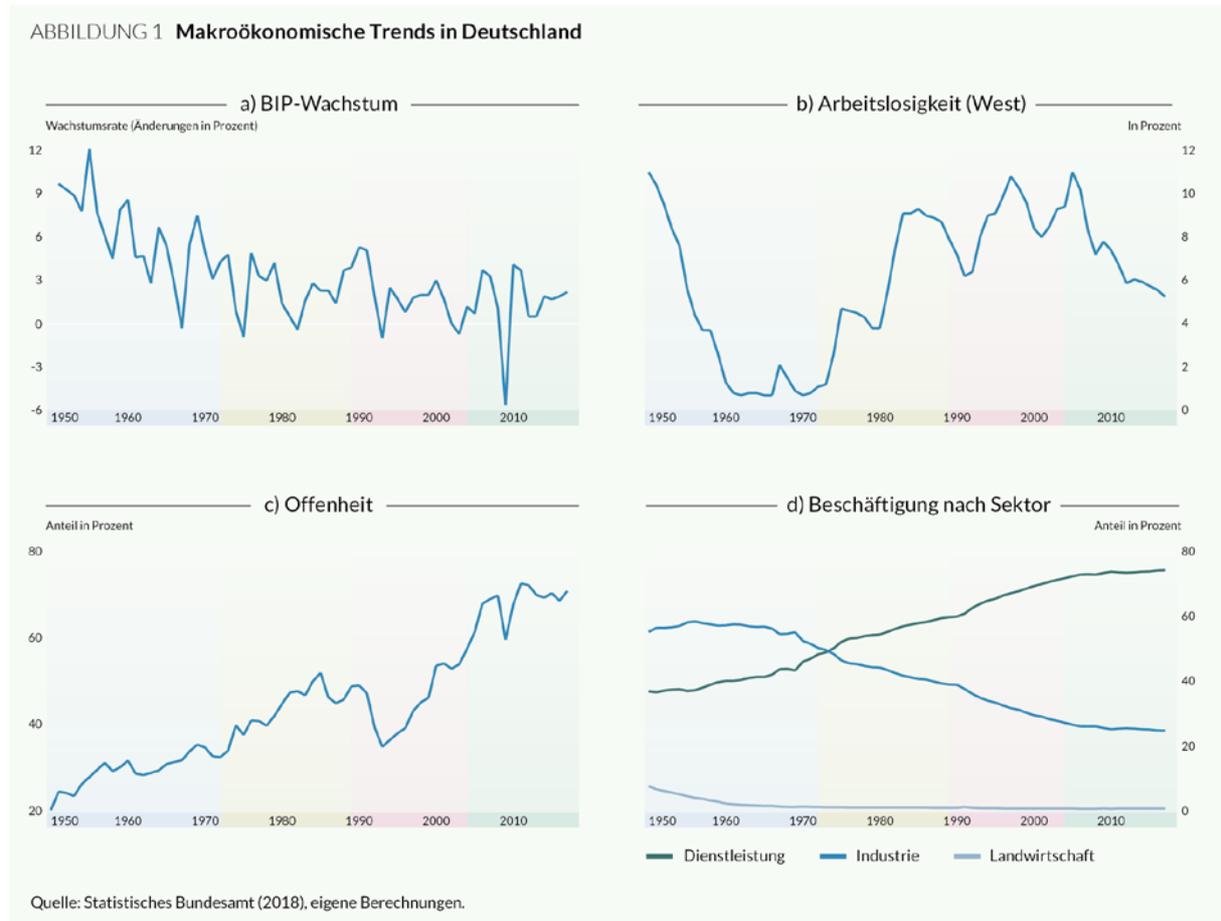
Auf sozialpolitischer Ebene kam es in dieser Phase zu einem massiven Ausbau des deutschen Wohlfahrtsstaats: Das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 markierte einen weiteren großen Schritt in der Absicherung breiter Bevölkerungsschichten gegen Risiken. Neben dem 1957 eingeführten umlagefinanzierten Rentensystem stellte das AFG, das einen Ausbau der Kranken- und Arbeitslosenversicherungsleistungen ermöglichte, das Kernstück der staatlichen Arbeitsmarktpolitik dar (Peichl et al. 2017).

Zweite Phase: Volatile Wirtschaftsentwicklung und Massenarbeitslosigkeit, 1972 bis 1989

Als die langfristigen Aufholeffekte durch den Wiederaufbau abzuflachen begannen, verringerten sich die durchschnittlichen Wachstumsraten auch langfristig. Externe Faktoren wie die Ölkrise 1973 und 1979/80 verschärften diese Entwicklung: Der starke Ölpreisanstieg und die restriktive Geldpolitik der Bundesbank lösten eine Phase der „Stagflation“ aus. Der Begriff beschreibt eine Situation, in der ein niedriges Wirtschaftswachstum (Stagnation) mit einer hohen Inflationsrate einhergeht (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2018). Diese Entwicklungen führten trotz der durch die sozialliberale Regierung aufgelegten Konjunkturprogramme zu massenhafter Arbeitslosigkeit: Erstmals in der Geschichte der jungen Bundesrepublik stieg die Arbeitslosenquote auf bis zu 5 Prozent. In der Folge war die wirtschaftliche Situation in Deutschland bis in die 1990er-Jahre von sinkenden Wachstumsraten und einer stark steigenden Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die Ölkrise traf dabei insbesondere den Industriesektor, was den Ausbau des Dienstleistungssektors begünstigte (Abbildung 1, Grafik d).³ Die Regierung unter Helmut Schmidt versuchte auf zwei Wegen die Konsolidierung des Staatshaushalts zu betreiben: Zum einen sollten mit der Fortführung der Ende der 1960er-Jahre begonnenen aktiven Arbeitsmarktpolitik Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, um die Sozialausgaben langfristig zu reduzieren. So wurden beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeweitet sowie zahlreiche Sonderprogramme geschaffen, die auf schwer vermittelbare Personengruppen wie Langzeitarbeitslose, Frauen, Ältere oder Behinderte abzielten (Frerich und Frey 1993). Zum anderen kürzte sie ab 1974 Arbeitslosenversicherungsleistungen und verschärfte die Anspruchsvoraussetzungen und Sanktionen für Arbeitslose (Bartels 2014). Zudem verabschiedete die Regierung unter Helmut Kohl 1985 das Beschäftigungsförderungsgesetz, das die erleichterte Zulassung

³ In Bezug auf den zeitlichen Verlauf des sektoralen Wandels gab es starke geschlechtsspezifische Unterschiede. Während die meisten Arbeitsplätze für Frauen schon frühzeitig im Dienstleistungssektor angesiedelt waren, stellte der Industriesektor für westdeutsche Männer noch bis Mitte der 1990er-Jahre den wichtigsten Arbeitgeber dar.

befristeter Arbeitsverträge vorsah (Abbildung 2, Grafik c), und weitete die Möglichkeiten der Leiharbeit aus (Abbildung 2, Grafik d). Dies markierte auch den Wechsel von einer nachfrage- zu einer angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik.

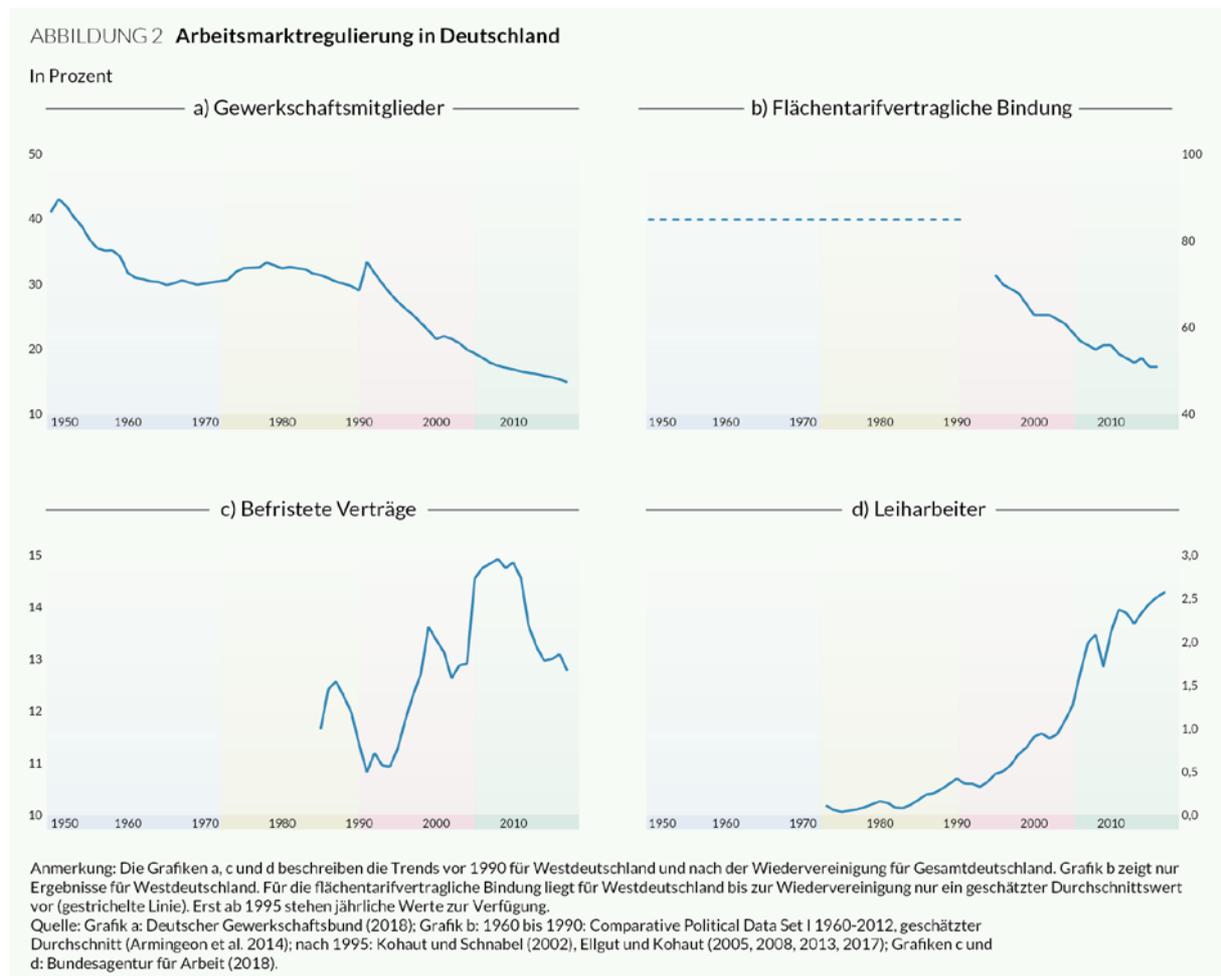


Dritte Phase: „Kranker Mann Europas“, 1990 bis 2004

Mit der Wiedervereinigung wurde eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) geschaffen. Nach einem sehr kurzen Konjunkturaufschwung kennzeichnete die nachfolgende Rezession einen weiteren Wendepunkt für den deutschen Arbeitsmarkt: Der Zugang zu Beschäftigung verschlechterte sich insbesondere für geringqualifizierte Personen. Auslöser dieser Entwicklung waren der zunehmende Wettbewerb mit den ehemaligen Ostblockstaaten, eine anhaltend starke Migration Anfang der 1990er-Jahre und der Umzug vieler Ostdeutscher nach Westdeutschland.⁴ Die starke

⁴ Von 1989 bis 1995 immigrierten rund 5 Millionen Personen nach Westdeutschland. Ein Großteil davon kam aus Ostdeutschland. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs nahm auch die Zahl der Spätaussiedler und Immigranten aus den ehemaligen sozialistischen Ostblockstaaten zu (vgl. Bauer et al. 2005).

Öffnung der Märkte im Verlauf dieses Jahrzehnts lässt sich auch anhand von Abbildung 1 (Grafik c) nachvollziehen.



Infolge dieser Entwicklungen stieg die Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 erstmals auf über 10 Prozent. Die Gewerchafts- und Tarifvertragsabdeckung sank in dieser Zeit ebenfalls stark und nur noch ein Drittel der Erwerbstätigen war im Industriesektor tätig. Mitte der 1990er-Jahre sah sich Deutschland mit einer hohen Staatsverschuldung, geringen Wachstumsraten und einer sehr hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. Aufgrund dessen wurde es vom *Economist* (2004) als „kranker Mann Europas“ beschrieben.

Der Gesetzgeber machte den immer noch starren deutschen -Arbeitsmarkt mit seinen hohen Lohnstückkosten als Kernproblem dieser Entwicklung aus und versuchte, diesem Problem verstärkt durch gezielte Deregulierungsmaßnahmen zu begegnen, beispielsweise durch eine Ausweitung der gesetzlichen Höchstdauer befristeter Verträge,⁵ eine Eingrenzung des Kündigungsschutzes und einer

⁵ Mit dem Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz von 1996 erlaubte die Bundesregierung die Ausweitung befristeter Verträge. Solche Verträge konnten nun auch mehrmals und bis zu einer Dauer von 24 Monaten abgeschlossen werden.

Flexibilisierung von Flächentarifverträgen im Zuge der Ost-West-Lohnangleichung. Doch die vereinzelt Maßnahmen blieben zunächst weitgehend erfolglos. Die Arbeitslosigkeit verharrte auf hohem Niveau und das Wirtschaftswachstum blieb -gering.

Vierte Phase: Wirtschaftliche Erholung, 2005 bis heute

Als Antwort auf die wirtschaftlich schwierige Situation kam es ab 2003 unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Einführung der Agenda 2010⁶. Die unter dieser Bezeichnung zusammengefassten arbeitsmarktpolitischen Reformen sollten vor allem den drei folgenden Zielen dienen: arbeitsrechtliche Deregulierung, arbeitsmarktpolitische Aktivierung und verbessertes Dienstleistungsangebot am Arbeitsmarkt (Bundeszentrale für politische Bildung 2017). Dies bedeutete beispielsweise eine Reform der geringfügigen Beschäftigung in Form von Mini- und Midijobs mit eingeschränkter Sozialversicherungspflicht, was wiederum zu einer starken Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung führte. Gleichzeitig kam es mit der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) zu einer Absenkung des Reservationslohniveaus.

Zwar stand der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands in einem zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung der Hartz-IV-Reformen, aber es gibt auch kritische Stimmen, denen zufolge der Grundstein für die wirtschaftliche Erholung bereits durch die frühere Flexibilisierung des Arbeitsmarkts gelegt wurde, die sich aber unter dem Druck der Wiedervereinigung erst Jahre später entfalten konnte (Dustmann et al. 2014).

Der wirtschaftliche Aufschwung, der nur kurzzeitig von der internationalen Finanzkrise gebremst wurde, führte zu einer Abnahme des Anteils der befristeten Verträge von 14,5 Prozent im Jahr 2005 auf 12,8 Prozent im Jahr 2017 (Statistisches Bundesamt 2018a). Auch wenn die Deregulierung und Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarkts notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung des „kranken Mannes“ waren, haben nicht alle Bevölkerungsgruppen vom wirtschaftlichen Aufschwung im gleichen Maße profitiert; einige haben sogar verloren.

Im nächsten Kapitel werfen wir daher einen Blick auf die Mikroebene, um die Gewinner und Verlierer des strukturellen Arbeitsmarktwandels zu identifizieren.

⁶ Die Agenda 2010 umfasste eine Vielzahl von Reformmaßnahmen. Neben Bildungsreformen beinhaltete sie unter anderem auch grundlegende Arbeitsmarkt- und Sozialmaßnahmen, die in den Hartz-Reformen zusammengefasst wurden.

TABELLE 1 Wichtige gesetzliche Arbeitsmarktänderungen 1950 bis heute

Jahr	Gesetz	Wesentliche Punkte
Wirtschaftswunderjahre 1950 bis 1971		
1957	Reichsversicherungsordnung (RVO)	Umstellung des kapitalgedeckten auf ein umlagefinanziertes Rentensystem Einführung der Frühverrentung Arbeitsloser
1967	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG)	Zielfestsetzung des magischen Vierecks der Wirtschaftspolitik: Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein angemessenes Wirtschaftswachstum
1969	Arbeitsförderungsgesetz (AFG)	Ausbau der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung Unterhaltsgeld während der neu eingeführten Umschulungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen bei Arbeitslosigkeit
Volatile Wirtschaftsentwicklung und Massenarbeitslosigkeit 1972 bis 1989		
1972	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)	Leiharbeit von bis zu drei Monaten fortan erlaubt
1974	Arbeitsförderungsgesetz (AFG)	Kürzung der Versicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und der Sanktionen
1985	Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG)	Reduktion des Kündigungsschutzes Einführung der Möglichkeit der Befristung von Erstarbeitsverträgen (18 Monate) Verlängerung der Leiharbeit auf maximal sechs Monate
„Kranker Mann Europas“ 1990 bis 2004		
1990	Einigungsvertrag (EV)	Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion neue Bundesländer: ein mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichbares Sozialhilfesystem
1996	Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG)	Ein Arbeitsvertrag kann fortan mehrmals befristet werden. Befristung fortan bis zu 24 Monate lang erlaubt.
2003 – 2005	Hartz I bis IV	Ziel: Verbesserung der Effizienz der Arbeitssuche und Erhöhung der Anreize für die Beschäftigungsaufnahme Aufhebung der zeitlichen Befristung für Leiharbeit Reduktion der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (ALG I) bei härteren Sanktionen Einführung eines streng bedürftigkeitsgeprüften ALG II („Hartz IV“) Reform der geringfügigen Beschäftigung, z. B. Mini- und Midijobs mit eingeschränkter Sozialversicherungspflicht Existenzgründungszuschuss für Arbeitslose, die sich selbstständig machen („Ich-AGs“)
Wirtschaftliche Erholung 2005 bis heute		
2012	Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)	Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen
2015	Mindestlohngesetz (MiLoG)	Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns; Ausnahmen: Jugendliche unter 18 Jahren und -Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung
Quelle: Eigene Zusammenstellung, basierend auf Bartels (2014).		

3 Arbeitsmarktentwicklungen: Die individuelle Perspektive

Der Wandel am Arbeitsmarkt im Zuge der oben beschriebenen vier Phasen hat sich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich ausgewirkt: Einerseits lassen sich starke geschlechtsspezifische Unterschiede insbesondere in der Arbeitsmarktentwicklung innerhalb Westdeutschlands konstatieren, andererseits – historisch bedingt – auch große regionale Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern.

Als Grundlage für die Untersuchung der individuellen Entwicklung von Arbeitsmarktchancen wird zunächst aufgezeigt, wie sich das Bildungsniveau in den einzelnen Subgruppen entwickelt hat. Dies ist deshalb wichtig, weil sich das Bildungsniveau in Deutschland, wie in anderen Ländern auch, stark auf den individuellen Arbeitsmarkterfolg auswirkt.

Um die Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die vom Arbeitsmarktwandel profitiert haben bzw. auf der Verliererseite stehen, werden anschließend die folgenden Indikatoren betrachtet:

Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen heutzutage häufiger erwerbstätig oder arbeitslos als noch in den 1960er-Jahren? Bei der Analyse wird auch die Entwicklung des gesamten Arbeitsvolumens berücksichtigt.

Entwicklung der Tätigkeiten nach der Blossfeld-Skala⁷. Mit welcher Wahrscheinlichkeit finden Personen Jobs mit Tätigkeitsprofilen, die ihrem formalen Bildungsniveau entsprechen? Sind bestimmte Gruppen für ihre Tätigkeit systematisch überqualifiziert?

Entwicklung der Einkommen. Hat eine Polarisierung der Entlohnung stattgefunden und hat diese zu einer stark differenzierten Einkommensentwicklung für bestimmte Subgruppen geführt? Wer konnte in dieser Hinsicht vom Arbeitsmarktwandel profitieren und wer nicht?

Dieser multidimensionale Analyseansatz ist darauf ausgerichtet, die individuelle Situation in Bezug auf den Arbeitsmarkt je nach bestimmten Bevölkerungsgruppen möglichst umfassend zu bewerten, da die Gewinner hinsichtlich einer Dimension in Bezug auf eine andere Dimension verloren haben könnten. Das Analoge gilt für die Verlierer.

Bildungsniveau

Die früh einsetzende Bildungsexpansion spielte für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands eine wichtige Rolle: „Deutschland als Wissensnation“ wurde zu einem bedeutenden Standortvorteil. Die Bildungsausgaben der öffentlichen Hand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt verdoppelten sich im Zeitraum von 1960 bis 1973 von rund 2,5 auf rund 5 Prozent (vgl. Diebolt und Guiraud 2000). Dieser Anstieg spiegelt sich in einer starken Zunahme des Bildungsniveaus der deutschen Bevölkerung wider.

⁷ Zur Erläuterung siehe Kasten 3.

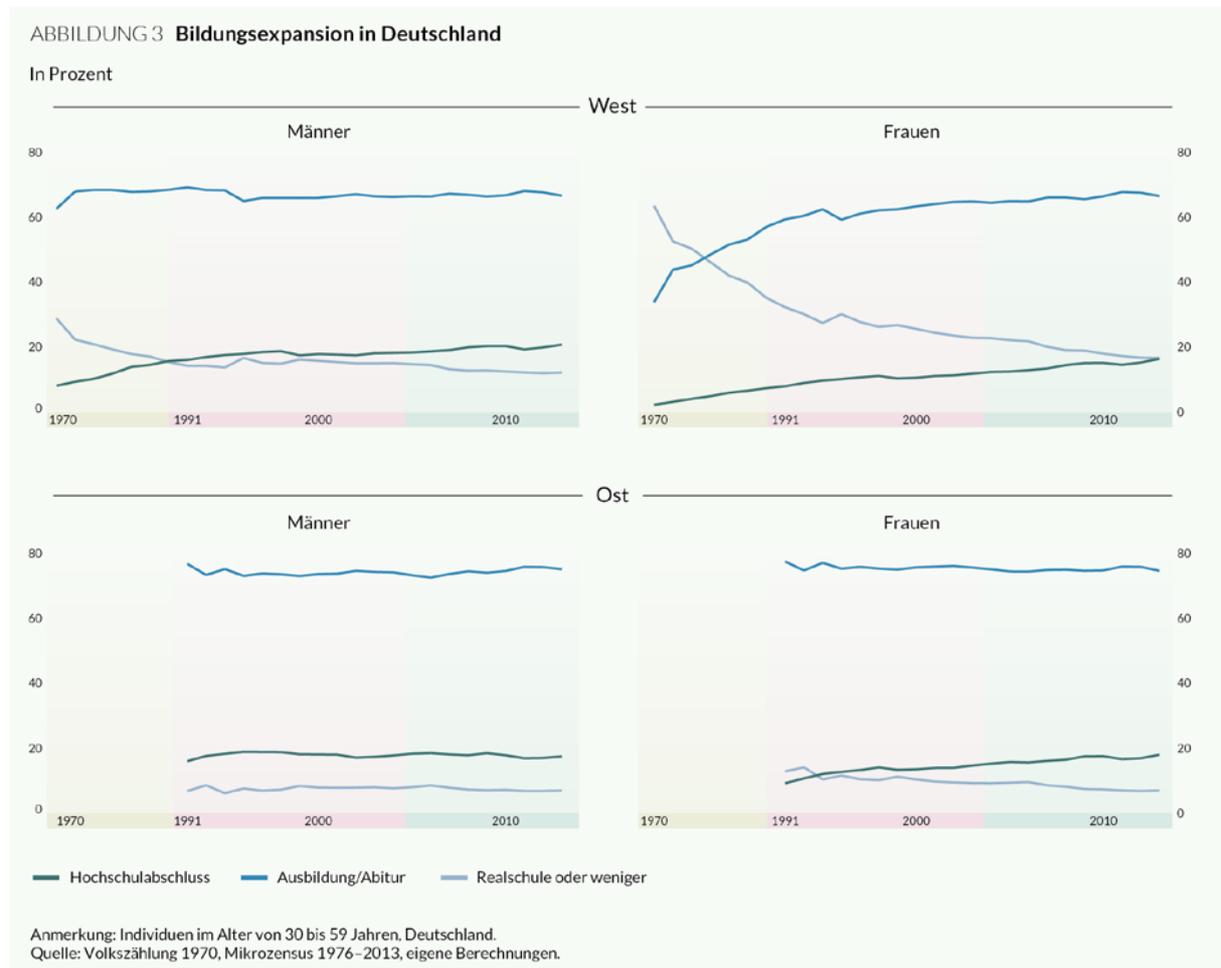
Daher bildet eine detaillierte Analyse der Bildungsexpansion die Grundlage für die Betrachtung der weiteren Dimensionen.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der prozentualen Verteilung der Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 59 Jahren nach Bildungsabschlüssen zwischen 1970 und 2013. Dabei werden die folgenden drei Gruppen unterschieden: Personen mit höchstens einem Realschulabschluss, jedoch keiner Berufsausbildung (Geringqualifizierte), Personen mit Abitur und/oder einer abgeschlossenen Berufsausbildung (Mittelqualifizierte) und Personen mit einem Hochschulabschluss (Hochqualifizierte) (vgl. Bönke et al. 2015a). Die Entwicklung in Westdeutschland zeigt einen klaren Anstieg des Bildungsniveaus seit 1970: Während im genannten Jahr noch rund 29 Prozent der westdeutschen Männer keinen Schulabschluss oder nur einen Volksschul- oder Realschulabschluss ohne weitere Ausbildung hatten, halbierte sich dieser Anteil bis zum aktuellen Rand und sank entsprechend auf 12 Prozent. Damit einhergehend stieg der Anteil der westdeutschen Männer mit Abitur oder einer Berufsausbildung leicht von 63 auf 67 Prozent. Der Anteil der westdeutschen Männer mit einem Hochschulabschluss nahm im gleichen Zeitraum um mehr als 10 Prozentpunkte zu und erreichte 2013 mit rund 20 Prozent seinen Höchststand seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichzeitig sind in der Entwicklung innerhalb Westdeutschlands starke geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen. So besaß 1970 die Mehrheit der westdeutschen Frauen keinen oder nur einen Haupt- oder Realschulabschluss. Der Anteil der Frauen mit Abitur/Ausbildung oder einem Hochschulabschluss lag deutlich unter dem Anteil der Männer mit entsprechenden Bildungsabschlüssen. Dieser Bildungsrückstand hat sich durch die Emanzipation der Frauen und ihre höhere Bildungspartizipation stark verringert. So sank der Anteil westdeutscher Frauen ohne Berufsabschluss seit 1970 um 40 Prozentpunkte und lag 2013 nur noch bei rund 17 Prozent. Zugleich stieg der Anteil westdeutscher Frauen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung von 34 Prozent auf rund 67 Prozent, der Anteil westdeutscher Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss von gut 2 Prozent auf knapp 17 Prozent. Daraus ergibt sich, dass das Bildungsniveau der westdeutschen Frauen mittlerweile dem der westdeutschen Männer ähnlich ist.

In den neuen Bundesländern hingegen war das formale Ausbildungsniveau von Frauen demjenigen von Männern bereits 1990 sehr ähnlich. Maßgebliche Gründe dafür sind das andersartige Bildungssystem und die allgemein höhere Einbindung von Frauen in das Arbeitsleben in der vormaligen DDR. Seitdem sind ein konstanter Verlauf der Bildungsanteile bei ostdeutschen Männern und ein leichter Anstieg des Anteils ostdeutscher Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss bei gleichzeitiger Abnahme des Anteils ostdeutscher Frauen ohne Abschluss zu verzeichnen. Die Verteilung der Abschlüsse zwischen den Geschlechtern weist somit keinen Unterschied mehr auf. 2013 hatten rund 7 Prozent der Ostdeutschen in der betrachteten Altersgruppe einen Realschulabschluss

oder weniger, 75 Prozent einen Berufsabschluss und/oder Abitur und 18 Prozent einen Hochschulabschluss.



Erwerbstätigkeit

Abbildung 4 zeigt den Arbeitsmarktstatus westdeutscher Frauen und Männer seit 1962 sowie ostdeutscher Frauen und Männer seit 1990, jeweils im Alter zwischen 20 und 59 Jahren. Während die Arbeitsmarktbelastung der west- und ostdeutschen Männer in den betrachteten Zeiträumen relativ konstant 93 Prozent betrug,⁸ ist diejenige der Frauen seit Anfang der 1970er-Jahre stetig angestiegen. Waren 1962 nur rund 41 Prozent der westdeutschen Frauen am Arbeitsmarkt aktiv,⁹ so hat sich diese Zahl bis 2013 gar verdoppelt. Ostdeutsche Frauen wiesen hingegen bereits mit 89 Prozent im Jahr 1991

⁸ Die Arbeitsmarktbelastung ostdeutscher Männer betrug 96 Prozent im Jahr 1991 und 93 Prozent im Jahr 2013; die Werte für westdeutsche Männer lauten: 97 Prozent im Jahr 1962, 95 Prozent im Jahr 1991 und 94 Prozent im Jahr 2013.

⁹ Aktiv bedeutet hier, dass Personen erwerbstätig sind oder aktiv nach einer Beschäftigung suchen.

eine sehr hohe Arbeitsmarkteteiligung auf (Bonin und Euwals 2005), wobei sich dieser Trend nach der Wiedervereinigung fortsetzte und die Arbeitsmarkteteiligung mit knapp 90 Prozent über den betrachteten Zeitraum ziemlich stabil war.

Obwohl sich die Arbeitsmarkteteiligung der westdeutschen Frauen von rund 6 Millionen Personen im Jahr 1973 auf fast 12 Millionen im Jahr 2012 verdoppelt hat, ist die Summe der wöchentlich von den Frauen geleisteten Arbeitsstunden im gleichen Zeitraum nur um 50 Prozent gestiegen. Abbildung 5 illustriert diesen Sachverhalt. Zurückführen lässt er sich in Teilen auf die inzwischen höhere Arbeitslosigkeit, insbesondere aber auf das veränderte Arbeitsverhalten von Frauen: Zu Beginn des Betrachtungszeitraums arbeiteten zwar weniger Frauen, diese aber häufig in Vollzeit; inzwischen arbeiten aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen immer mehr Frauen in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen.

Das von westdeutschen Männern geleistete Arbeitsvolumen ist demgegenüber im betrachteten Zeitraum relativ konstant geblieben. Allerdings sind auch hier die wirtschaftlichen Rezessionsphasen¹⁰ erkennbar, wie sie etwa infolge der Ölkrisen in den 1970er- und 1980er-Jahren auftraten.

Im Gegensatz hierzu ist die durchschnittliche Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden in Ostdeutschland, wie in Abbildung 6 zu sehen, sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern leicht gesunken. Insbesondere in den einfachen Tätigkeiten¹¹, wie zum Beispiel Schweißer oder Hilfsarbeiter, ist das Arbeitsvolumen stark zurückgegangen. Dies ist durch den wirtschaftlichen Abschwung in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung bedingt, wie auch am allgemeinen Rückgang des Anteils der Arbeiter in Abbildung 4 erkennbar. Nach der Wiedervereinigung kam es vor allem im Industriesektor zur Schließung vieler Werke und einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen. Aber auch die allgemein geringere Zahl geleisteter Wochenstunden ist ein Indiz für den Rückgang der Wirtschaftsleistung in den neuen im Vergleich mit den alten Bundesländern.

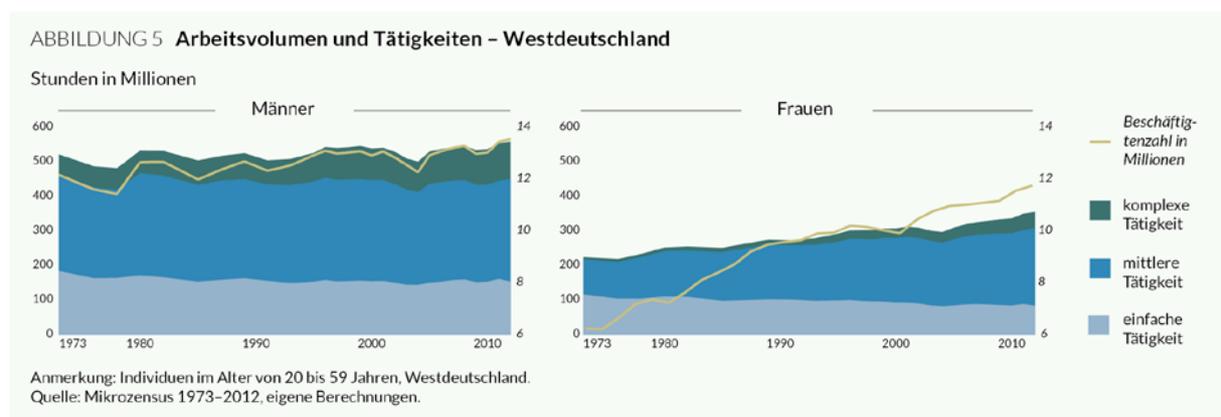
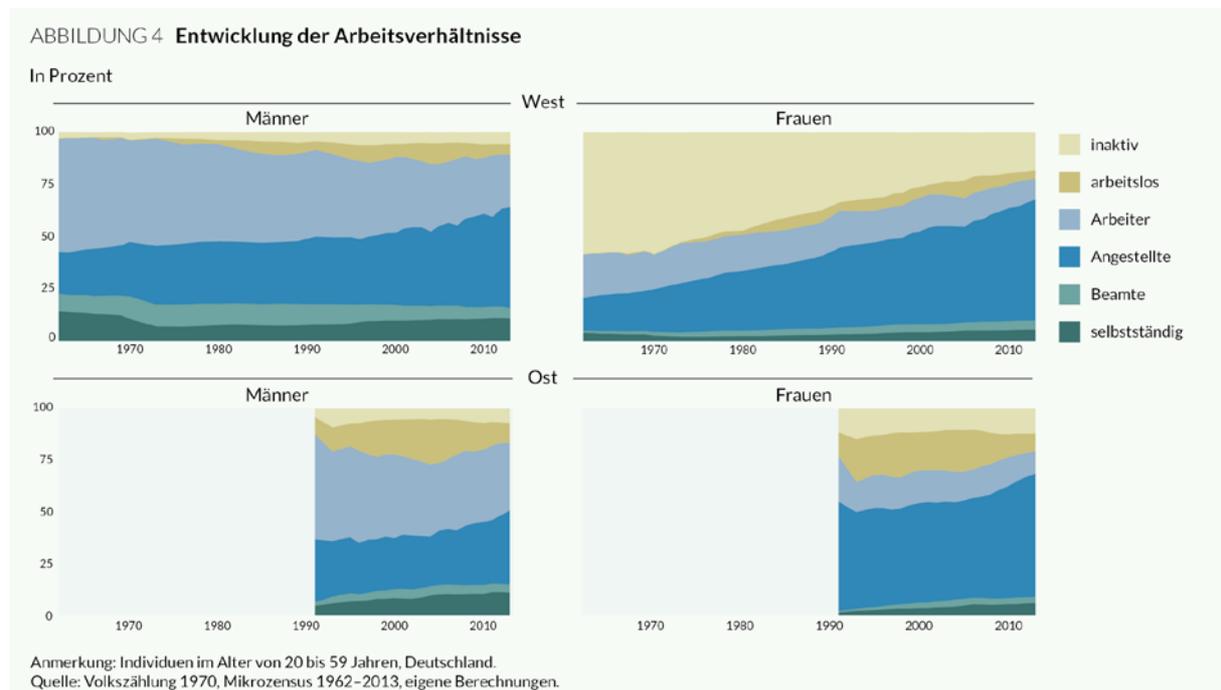
Die Abbildungen 5 und 6 zeigen, dass demgegenüber das Arbeitsvolumen in Jobs mit komplexeren Tätigkeiten zugenommen hat. Auslöser dieses Phänomens ist der sogenannte *skill-biased technological change* (SBTC): Durch den technologischen Wandel hat sich die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften stark erhöht (Berman et al. 1998). Bei der Entwicklung der Jobs mit komplexeren Tätigkeiten ist zudem zu beachten, dass zwar immer mehr westdeutsche Frauen

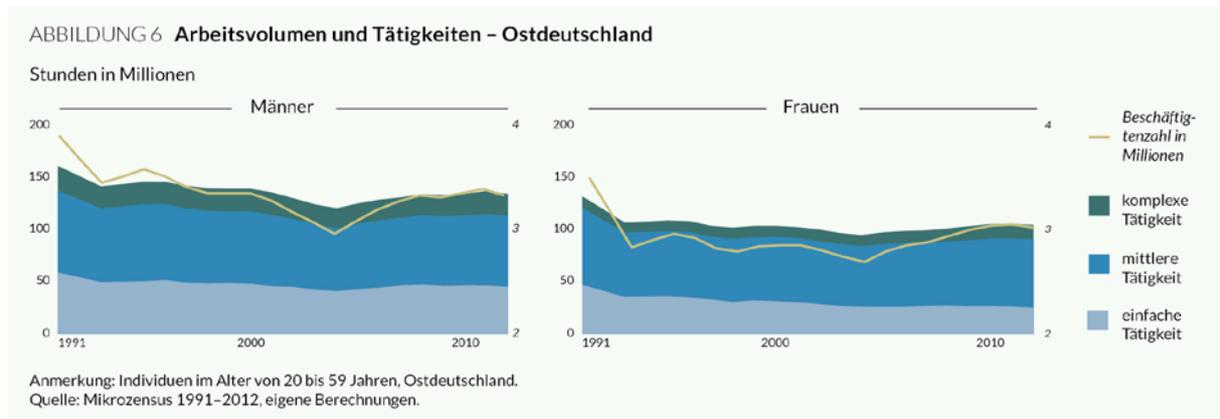
¹⁰ Die Abbildungen 5 und 6 basieren auf der regulären wöchentlich geleisteten Arbeitszeit und bilden daher temporäre Arbeitszeitreduktionen wie Kurzarbeit nicht ab.

¹¹ Die geleisteten Wochenarbeitsstunden sind aufgeteilt nach einfachen, mittleren und komplexen Tätigkeiten. Die Kategorie der einfachen Tätigkeiten umfasst Agrarberufe, einfache manuelle Tätigkeiten, einfache Dienste und einfache kaufmännische und Verwaltungstätigkeiten. Mittlere Tätigkeiten sind allgemeinqualifizierte Berufe (Techniker, qualifizierte manuelle Berufe, qualifizierte Dienste, sogenannte Semiprofessionen und qualifizierte kaufmännische und Verwaltungsberufe). Zu den Berufsgruppen mit komplexen Tätigkeiten zählen Ingenieure, die sogenannten Professionen und Manager. Eine genaue Einteilung der Berufe nach Tätigkeiten ist in Kasten 3 zu finden.

komplexere Tätigkeiten verrichten, dieser Anteil jedoch das Niveau und den Anteil der westdeutschen Männer noch immer nicht erreicht hat (vgl. Abbildung 5). Dies ist besonders im Hinblick auf das stark gestiegene Bildungsniveau von Frauen (vgl. Abbildung 3) auffällig und deutet darauf hin, dass Frauen trotz höherer Bildung immer noch häufiger als Männer in Berufen tätig sind, die formal einen geringeren Bildungsabschluss voraussetzen.

Die Entwicklung der Tätigkeitsklassen bei Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland und die sich daraus möglicherweise ergebende Überqualifizierung für die tatsächlich ausgeübten Berufe werden im folgenden Abschnitt behandelt.





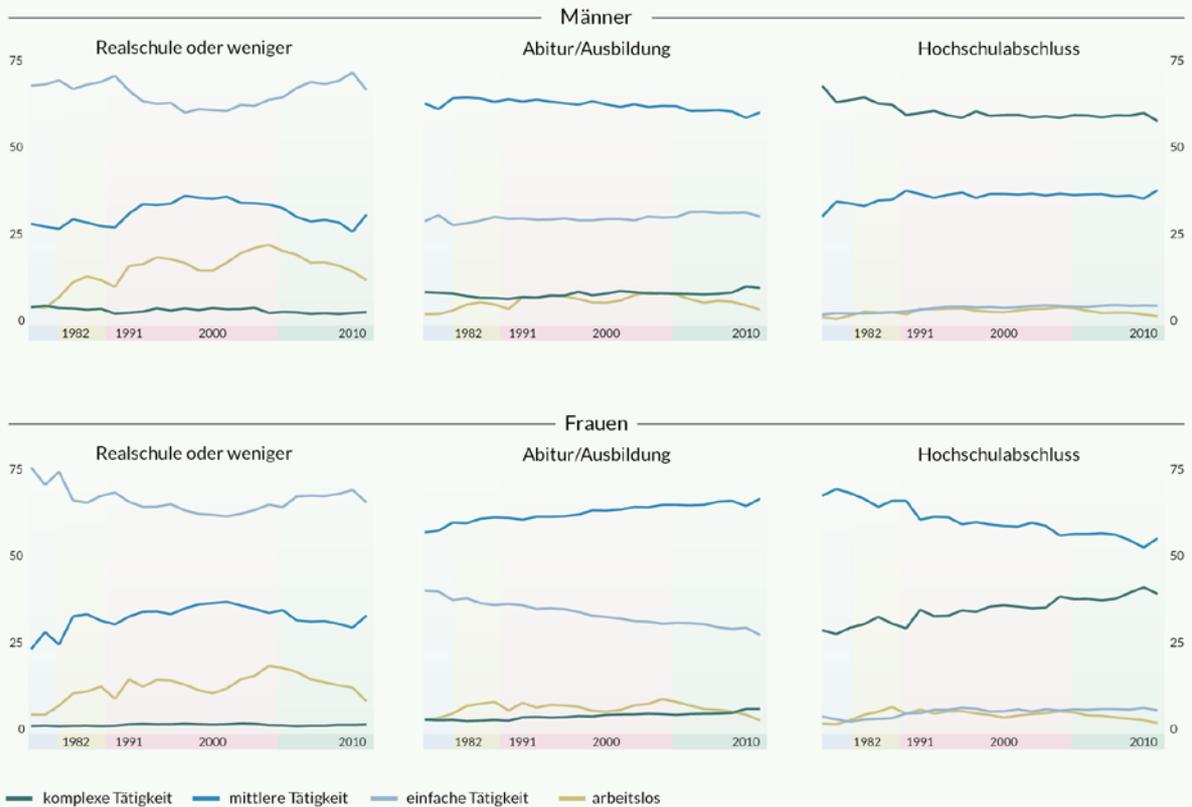
Tätigkeiten nach der Blossfeld-Skala

Bei näherer Betrachtung der Aufteilung der Arbeitslosenquote und der beruflichen Tätigkeit nach Bildungsabschlüssen in West- und Ostdeutschland (siehe Abbildungen 7 und 8) fallen mehrere Entwicklungen ins Auge.

Zum einen scheint ein höherer Bildungsabschluss unabhängig von Geschlecht oder Region vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Personen mit einem geringeren Bildungsniveau sind hingegen von zunehmender Arbeitslosigkeit stark betroffen. So ist in Westdeutschland von 1970 bis 2005 die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe von nahezu null auf 22 Prozent bei Männern und rund 20 Prozent bei Frauen gestiegen. In Ostdeutschland verlief diese Entwicklung noch dramatischer: Die Arbeitslosenquote im Kreis der geringqualifizierten Männer lag bereits kurz nach der Wiedervereinigung bei 20 Prozent und stieg infolge des sich anschließenden wirtschaftlichen Abschwungs in 2005 auf gut 43 Prozent. Die Arbeitslosenquote der ostdeutschen Frauen ohne Berufsausbildung, Abitur oder Studium war ähnlich hoch. Sie lag im selben Jahr bei über 40 Prozent. Die Reformen in den 2000er-Jahren und der mit diesen einhergehende Ausbau des Niedriglohnssektors sowie die allgemein verbesserte wirtschaftliche Lage haben wieder zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer Zunahme der einfachen Tätigkeiten für Personen mit geringem Bildungsniveau geführt; dennoch bleibt die Arbeitslosenquote in der Gruppe der Personen mit geringem Bildungsstand auch in der Phase der wirtschaftlichen Erholung sehr hoch.

ABBILDUNG 7 Tätigkeiten nach Bildungsabschlüssen - Westdeutschland

In Prozent



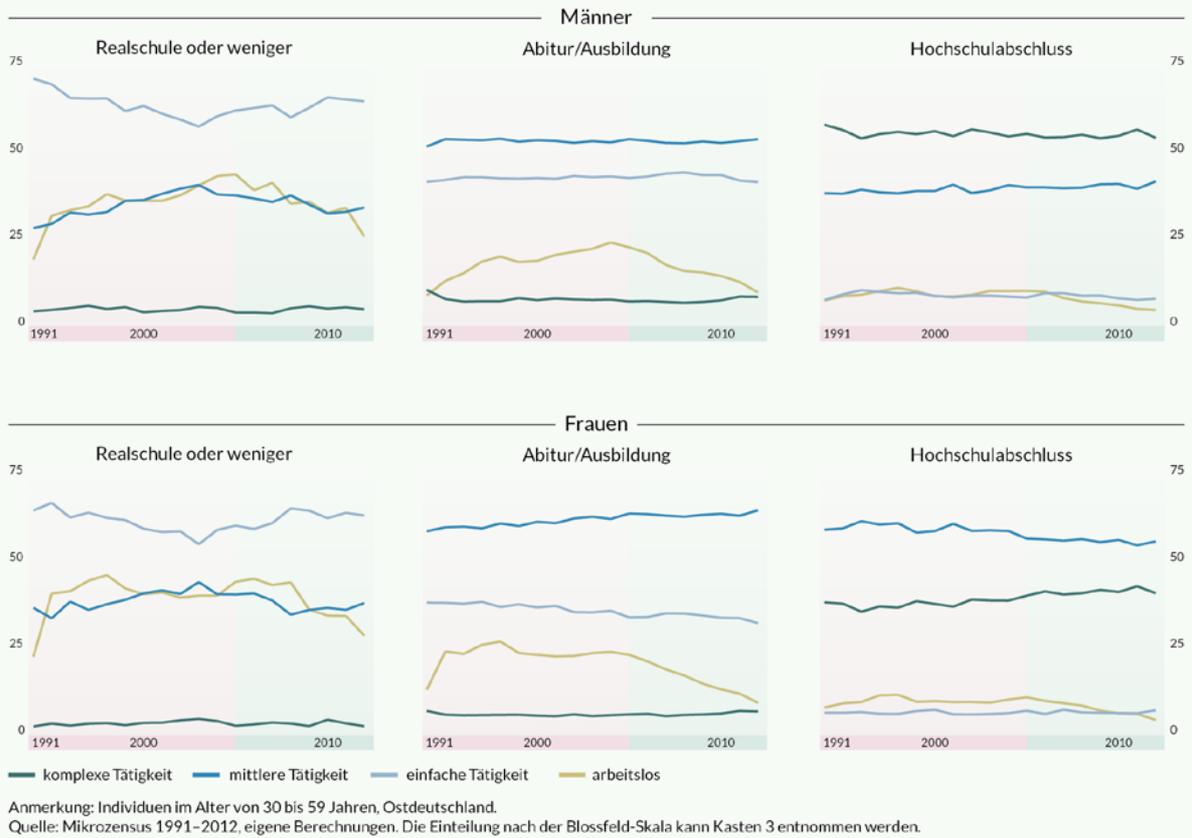
Anmerkung: Individuen im Alter von 30 bis 59 Jahren, Westdeutschland.
 Quelle: Mikrozensus 1976–2012, eigene Berechnungen. Die Einteilung nach der Blossfeld-Skala kann Kasten 3 entnommen werden.

In Ostdeutschland kam es im Zuge der Arbeitsmarktreformen der 2000er-Jahre auch im Kreis der Personen mit Abitur und/oder einer Berufsausbildung zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, wobei sich der Beschäftigungsaufschwung bei Frauen besonders in einer Zunahme mittlerer Tätigkeiten widerspiegelt. Dennoch liegen die Arbeitslosenzahlen in der Gruppe der Personen mit mittlerem Bildungsniveau deutlich höher als in Westdeutschland, wo ein mittlerer Bildungsabschluss immer noch eine solide Absicherung gegen Arbeitslosigkeit bietet. Die Gruppe derjenigen mit einem Hochschulabschluss weist konstant niedrige Arbeitslosenzahlen ohne starke Beschäftigungszuwächse auf.

Die Auswertung der zeitlichen Entwicklung zeigt, dass gutausgebildete westdeutsche Frauen sehr stark von der Arbeitsmarktentwicklung profitiert haben. Zum einen sind ihr Bildungsniveau und ihre Arbeitsmarktbeteiligung stark gestiegen, zum anderen üben westdeutsche Frauen mit Ausbildung und/oder Abitur und solche mit einem Hochschulabschluss heute deutlich häufiger Tätigkeiten aus, die ihrem formalen Bildungsniveau entsprechen.

ABBILDUNG 8 Tätigkeiten nach Bildungsabschlüssen – Ostdeutschland

In Prozent



In der Gruppe der Frauen mit Abitur und/oder einer Ausbildung ist der Anteil an einfachen Tätigkeiten um fast 15 Prozentpunkte gesunken, der der mittleren im selben Zeitraum um ungefähr den gleichen Wert gestiegen. Bei westdeutschen Frauen mit einem Hochschulabschluss stellt sich die Entwicklung noch markanter dar: Im Jahr 1976 arbeiteten nur 28 Prozent der westdeutschen Frauen mit einem Hochschulabschluss in einem Beruf mit komplexen Tätigkeitsanforderungen. Dieser Wert ist bis 2012 um 11 Prozentpunkte auf 39 Prozent gestiegen, während der Anteil der westdeutschen Frauen mit Hochschulabschluss in mittleren Tätigkeiten von rund 70 Prozent auf 55 Prozent gesunken ist. Im Vergleich dazu ist der Anteil der westdeutschen Männer mit Hochschulabschluss, die eine komplexe Tätigkeit ausüben, um rund 10 Prozentpunkte, das heißt von 68 Prozent auf knapp 58 Prozent, gesunken.

In der Gruppe der hochgebildeten Frauen hat sich zwar der Anteil derjenigen, die eine komplexe Tätigkeit ausüben, dem entsprechenden Wert in der Gruppe der hochgebildeten Männer stark angenähert; dennoch ist zu betonen, dass die Verteilung der Tätigkeiten immer noch nicht derjenigen der westdeutschen Männer entspricht, obwohl sich die Bildungsniveaus in den vergangenen Jahrzehnten angeglichen haben.

Bei den Frauen in Ostdeutschland ist kein vergleichbarer Trend festzustellen. Dies liegt insbesondere daran, dass in Ostdeutschland am Arbeitsmarkt bereits 1991 weitaus geringere geschlechtsspezifische

Unterschiede herrschten. Dadurch verlief die weitere Entwicklung der Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen sehr ähnlich wie jene der Männer. Einzig der Unterschied in den Tätigkeiten der Personengruppe mit Hochschulabschluss ist auffällig. Hier hat sich die Tätigkeitsverteilung der ostdeutschen Frauen derjenigen der westdeutschen angenähert. Konkret heißt das, dass auch in Ostdeutschland eine Überqualifizierung von Frauen zu erkennen ist. Zwar gleichen sich die Anteile von Frauen und Männern mit Berufen, die ihrem formalen Bildungsniveau entsprechen, über den Zeitverlauf etwas an, doch dies geschieht nur sehr langsam.

Einkommen

Im Mikrozensus wird das monatlich verfügbare Individualeinkommen erfasst, das sowohl Arbeits- als auch Kapitaleinkommen nach Steuern und Transfers umfasst.¹² Zur Vergleichbarkeit über die Zeit hinweg haben wir die verfügbaren Einkommen aller Jahre mithilfe des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts in Preisen von 2015 umgerechnet.

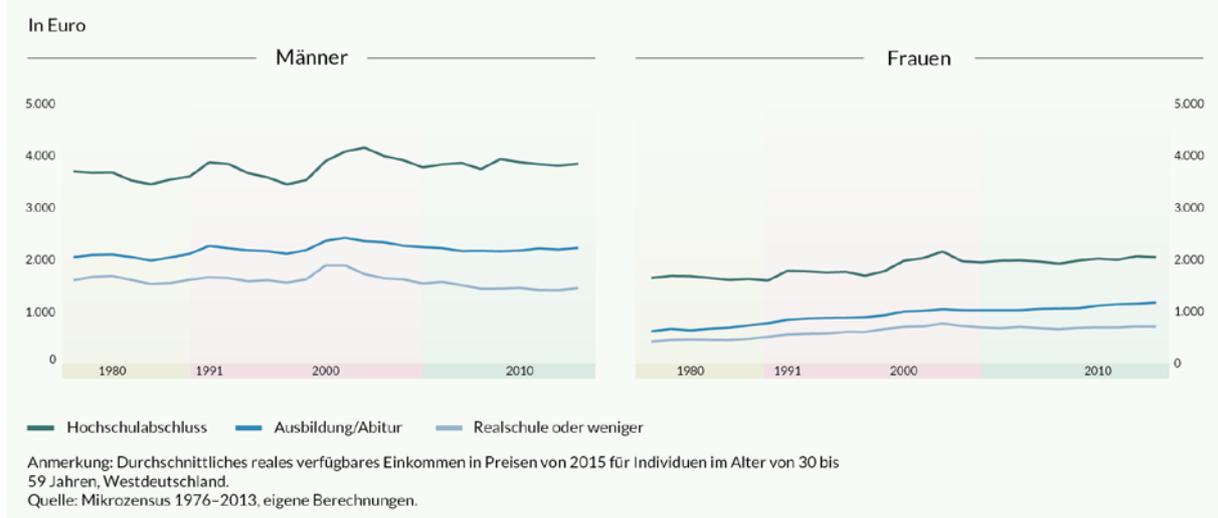
Die Abbildungen 9 und 10 zeigen die Entwicklung des durchschnittlich verfügbaren Individualeinkommens nach Bildungsstand in West- und Ostdeutschland. In beiden Regionen sind in Bezug auf alle Bildungsniveaus die Einkommen der Frauen niedriger als diejenigen der Männer. Dies liegt zum einen daran, dass Frauen häufiger in Bereichen arbeiten und Aufgaben wahrnehmen, die systematisch schlechter entlohnt werden (Lillemeier 2016). Zum anderen kann die Diskrepanz dadurch erklärt werden, dass Frauen deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten oder inaktiv sind.¹³ Zudem können institutionelle Regelungen wie das Ehegattensplitting bei Paaren oder die Anrechnung des Kindergelds zu noch größeren Einkommensunterschieden führen, die aufgrund unzureichender Informationen¹⁴ nicht weiter aufgeschlüsselt werden können. Dennoch sind die festgestellten Einkommensunterschiede ein starkes Indiz für eine ökonomisch schlechtere Stellung von Frauen am Arbeitsmarkt im Vergleich mit Männern – ein Befund, der in anderen Studien (z. B. Bach 2014 und Blömer et al. 2016) bestätigt wurde.

¹² Eine detaillierte Beschreibung der im Mikrozensus verfügbaren Einkommensinformation findet sich in Kasten 2.

¹³ Im Jahr 2013 lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit berufstätiger Frauen in Westdeutschland bei 30 Stunden; westdeutsche Männer arbeiteten mit 41 Stunden im Durchschnitt ein Drittel mehr. Ostdeutsche Frauen arbeiteten 2013 im Durchschnitt 35 Stunden, ostdeutsche Männer 40 Stunden pro Woche.

¹⁴ Bei der Datenerhebung werden die Personen nach ihrem verfügbaren Einkommen befragt. Allerdings liegen keine aufgeschlüsselten Informationen zu den Einkommensarten vor.

ABBILDUNG 9 Verfügbares Einkommen nach Bildungsgruppen – Westdeutschland



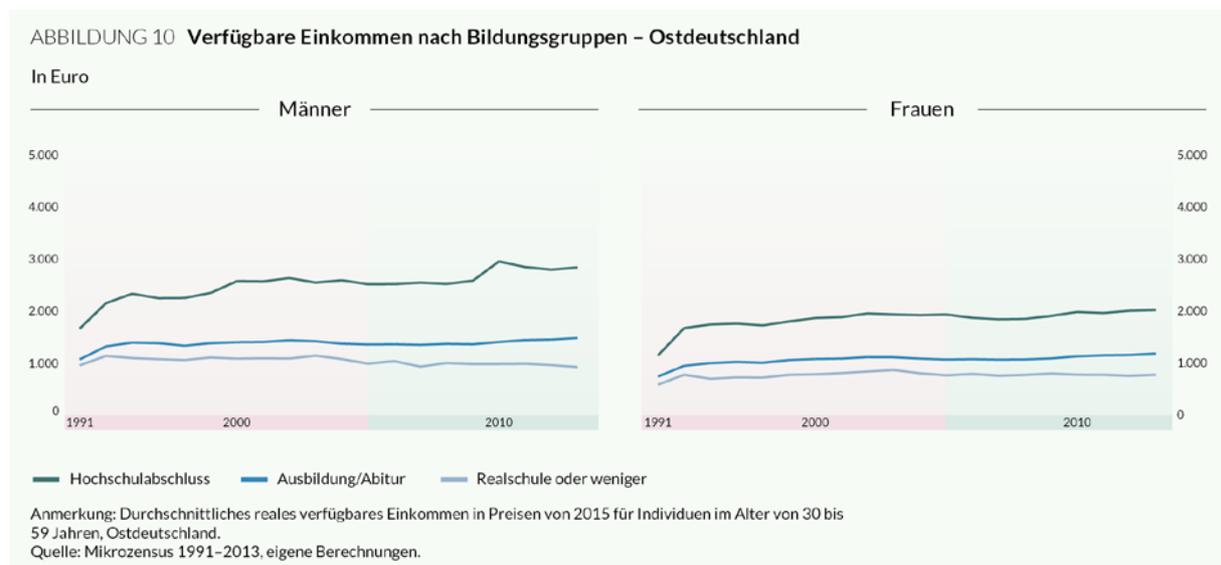
Mit Blick auf die Einkommensentwicklung in Westdeutschland lässt sich feststellen, dass die Einkommen westdeutscher Männer auf hohem Niveau seit 1976 weitestgehend stagnieren (vgl. Abbildung 9). Bei genauerer Aufschlüsselung der Entwicklung nach Bildungsabschlüssen stellt man fest, dass die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen nur in der Gruppe der Männer mit Hochschulabschluss gestiegen sind (1976: 3706 Euro, 2013: 3850 Euro). Für Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung (1991: 2054 Euro, 2013: 2230 Euro) ist eine leichte Verbesserung festzustellen, während geringqualifizierte Männer 2013 mit 1.460 Euro sogar ein geringeres real verfügbares Einkommen haben als noch im Jahr 1976 mit 1.609 Euro. Die wirtschaftliche Situation der letztgenannten Gruppe hat sich somit in den vergangenen vier Jahrzehnten verschlechtert. Dies lässt sich sowohl durch die gestiegene Arbeitslosigkeit als auch durch den Wandel der ausgeübten Tätigkeiten sowie durch den Ausbau des Niedriglohnssektors erklären. Es kam somit zu einer stärkeren Spreizung der Einkommen westdeutscher Männer, die auch über den Lebenszyklus hinweg nicht ausgeglichen wurde. In Bezug auf Letzteres stellen Bönke et al. (2015a) fest, dass die Lebenseinkommensungleichheit ebenfalls stark gestiegen ist und die durchschnittlichen Lebenseinkommen¹⁵ von Personen mit höherem Bildungsabschluss stärker gestiegen sind.

Für westdeutsche Frauen hingegen, deren Einkommen im Vergleich mit dem der Männer im Zeitverlauf deutlich niedriger ausfiel, ist das verfügbare Einkommen unabhängig von ihrem Bildungsstand gestiegen. Diese Entwicklung spiegelt den starken Anstieg der Arbeitsmarktpartizipation

¹⁵ Die Autoren haben die Summe der Bruttoerwerbseinkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zuzüglich der Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers von Personen zwischen dem 17. und dem 60. Lebensjahr untersucht. Um jüngere Kohorten zu analysieren, die ihr Erwerbsleben noch nicht abgeschlossen haben, kann hier als Hilfsvariable das Einkommen bis zum 40. Lebensjahr herangezogen werden, da beide Berechnungsansätze stark korrelieren. Das Lebenseinkommen ergibt sich sodann als Barwert der entsprechenden Summen (vgl. Bönke et al. 2015a).

und der absolut geleisteten Wochenarbeitsstunden von Frauen aller Bildungsschichten wider (vgl. Abbildung 5). Erst ab 2005 ist eine Stagnation der durchschnittlichen Einkommen von Frauen ohne einen Berufsabschluss zu erkennen, was sich durch den Anstieg des Niedriglohnbereichs und die Umstrukturierung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe erklärt.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich des Einkommensniveaus waren und sind in Ostdeutschland traditionell deutlich geringer als in Westdeutschland. Zum einen ist der Unterschied zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen in den neuen Bundesländern weniger ausgeprägt (Kluge und Weber 2018), zum anderen arbeiten ostdeutsche Frauen häufiger in Vollzeit als westdeutsche. Offensichtlich ist zudem, dass das Einkommensniveau beider Geschlechter in Ostdeutschland deutlich geringer ist als in Westdeutschland, was nicht zuletzt auch an niedrigeren Durchschnittslöhnen liegt. Dennoch sollte bei der Beurteilung dieses Unterschieds beachtet werden, dass auch die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland teils merklich geringer sind, sodass die regionalen realen Einkommensunterschiede weitaus geringer ausfallen, als der erste Anschein nahelegt (Statistisches Bundesamt 2018a).



Im zeitlichen Verlauf lässt sich in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung für Ostdeutschland ein starker Anstieg der verfügbaren Einkommen aller Geschlechts- und Bildungsgruppen feststellen, wobei sich die Einkommensentwicklung ab 1995 stärker ausdifferenziert hat. So haben ostdeutsche Männer ohne Ausbildung seitdem deutlich verloren. Im Jahr 1991 betrug das durchschnittliche verfügbare Einkommen dieser Gruppe knapp 1.100 Euro, 2013 lag dieser Wert bei weniger als 1.000 Euro. Das sind nur etwa zwei Drittel des entsprechenden Werts für Westdeutschland. Die Gewinner sind ostdeutsche Männer mit einer höheren Bildung: Ostdeutsche Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung (1991: 1.075 Euro, 2013: 1.488 Euro), insbesondere aber solche mit einem

Hochschulabschluss (1991: 1.668 Euro, 2013: 2.845 Euro), haben stark von der Entwicklung der vergangenen Jahre profitiert und einen großen Einkommenszuwachs realisiert. Auch hochgebildete Frauen (1991: 1.150 Euro, 2013: 2.026 Euro) konnten in Ostdeutschland bei annähernd konstanter Arbeitsmarktbeteiligung einen starken Einkommenszuwachs verzeichnen, wohingegen die Einkommen von Frauen mit einer Ausbildung (1991: 744 Euro, 2013: 1.188 Euro) und ohne einen Berufsabschluss (1991: 588 Euro, 2013: 780 Euro) weniger stark gestiegen sind. Zwar haben ostdeutsche Frauen im Lauf der Zeit durchschnittlich deutlich an Einkommen hinzugewonnen, doch dieser Gewinn ist zu relativieren: Trotz der positiven Entwicklung liegen die durchschnittlichen Einkommen der ostdeutschen Frauen auch weiterhin deutlich unter dem für die anderen untersuchten Gruppen geltenden Niveau (vgl. Abbildung 10).

Gemessen an ihren Einkommen haben also, unabhängig von der Region, vor allem Personen mit tertiärer Bildung von der Arbeitsmarktentwicklung profitiert. Zwar konnten westdeutsche Männer mit einem Universitätsabschluss keine großen Zuwächse verzeichnen, sie sind aber weiterhin die Bevölkerungsgruppe mit dem mit Abstand höchsten durchschnittlichen Einkommen. Die starken Anstiege der durchschnittlichen Einkommen westdeutscher Frauen und ostdeutscher Männer sowie von Frauen mit Hochschulabschluss konnten diese Lücke bisher noch nicht schließen. Im Gegensatz dazu haben Männer ohne einen qualifizierten Abschluss sowohl in West- als auch in Ostdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten verloren.

Wer gewinnt? Wer verliert?

Tabelle 2 vermittelt einen Überblick über die langfristigen Auswirkungen des Arbeitsmarktwandels nach Regionen und Bildung in Bezug auf die drei wichtigsten Kriterien:

Zu- oder Abnahme der durchschnittlichen Erwerbstätigkeit,

Zu- oder Abnahme der durchschnittlichen Anteile der ausgeübten Tätigkeiten in Abhängigkeit vom formalen Bildungsniveau und

durchschnittliche Einkommensentwicklung.

Die Entwicklung wird dabei je nach den einzelnen Wirtschaftsphasen und in der Gesamtschau, das heißt über den gesamten Zeitraum, beurteilt.

Westdeutsche Männer mit Hochschulabschluss haben im Lauf der Zeit in Bezug auf ihr Einkommen von den Arbeitsmarktänderungen stark profitiert. Zudem konnten sie ihr komplexes Tätigkeitsniveau und ihre hohe Erwerbsquote halten. Sie sind daher zu den Gewinnern der Arbeitsmarktentwicklung seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu zählen. Anders sieht es bei westdeutschen Männern mit mittlerer und geringer Bildung aus: Während es für die erste der beiden genannten Gruppen in allen Kategorien nur kleine Änderungen gab, gehören die Geringqualifizierten zu den Verlierern des Arbeitsmarktwandels. In deren Gruppe kam es seit den 1960er-Jahren insgesamt zu

realen Einkommensverlusten und steigender Arbeitslosigkeit, auch wenn die Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen der 2000er-Jahre hier zuletzt zu einer wieder sinkenden Arbeitslosenquote geführt haben.

Für ostdeutsche Männer stellt sich das Bild ähnlich, jedoch noch ausgeprägter dar: Hochqualifizierte haben von starken Einkommenszuwächsen profitiert, die vormals in der DDR aufgrund der dortigen geringen Lohnspreizung nicht möglich gewesen wären. Selbst mittelqualifizierte Männer haben hier einen realen Einkommenszuwachs erfahren. Im Gegensatz dazu hat die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern deutlich stärker zugenommen und liegt trotz der wirtschaftlichen Erholungsphase seit 2005 für geringqualifizierte Männer weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Westdeutsche Frauen, insbesondere solche mit tertiärem Bildungsabschluss, sind Gewinnerinnen der Arbeitsmarktentwicklung. Sie konnten sich in allen drei Kategorien stark verbessern. Allerdings üben sie nach wie vor häufiger als ihre männlichen Kollegen berufliche Tätigkeiten aus, die nicht ihrem höheren formalen Bildungsniveau entsprechen; überdies haben sie die männlichen Kollegen auch in Bezug auf das Einkommen noch nicht vollständig eingeholt.

Dagegen stieg auch unter den westdeutschen Frauen in der Gruppe der Geringqualifizierten die Arbeitslosenquote im zeitlichen Durchschnitt gesehen an. Ähnliches gilt für Frauen in Ostdeutschland, auch wenn die Effekte nicht ganz so stark waren wie im Kreis der westdeutschen Frauen. Zudem ist die Arbeitslosenquote geringqualifizierter Frauen in Ostdeutschland noch höher als in Westdeutschland, und auch das weiterhin allgemein niedrige Einkommensniveau ostdeutscher Frauen ist bei der Bewertung der Entwicklung zu berücksichtigen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die folgenden Personengruppen von der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung profitieren konnten:

- Frauen mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss sowie
- Männer mit Hochschulabschluss.

Hingegen haben die folgenden Gruppen über den gesamten Zeitraum hinweg verloren:

- geringqualifizierte Frauen und Männer, insbesondere in Ostdeutschland.

In diesem Kontext hat die Analyse zudem Folgendes gezeigt: Der nach den wirtschaftlich sehr schwierigen Phasen volatiler Wirtschaftsentwicklung und des „kranken Mannes“ eingeleitete Wandel der Arbeitsmarktinstitutionen hat zu einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Gleichwohl hatte er keine oder sogar leicht negative Auswirkungen auf die Einkommen der Geringqualifizierten.

TABELLE 2 Gewinner und Verlierer nach Geschlecht, Bildung und Region

Gruppe	Bildung	Erwerbstätigkeit			Tätigkeiten			Einkommen			Gesamt
		Rezession*	„Kranker Mann“	Erholung	Rezession*	„Kranker Mann“	Erholung	Rezession*	„Kranker Mann“	Erholung	
Männer West	Realschule o. weniger	--	--	++	=	+	--	=	=	-	-
	Abitur/Ausbildung	-	-	+	=	=	=	+	=	=	=
	Hochschulabschluss	=	=	=	-	=	-	+	+	=	+
Männer Ost	Realschule o. weniger		--	++		++	--		-	-	--
	Abitur/Ausbildung		--	++		-	+		+	+	+
	Hochschulabschluss		-	+		=	=		++	++	++
Frauen West	Realschule o. weniger	--	--	++	++	+	--	++	++	=	+
	Abitur/Ausbildung	-	-	+	+	+	+	++	++	++	++
	Hochschulabschluss	=	=	=	++	++	++	+	+	+	++
Frauen Ost	Realschule o. weniger		--	++		++	--		=	=	=
	Abitur/Ausbildung		--	++		+	+		+	=	+
	Hochschulabschluss		-	+		=	+		++	=	+

* Volatile Wirtschaftsentwicklung und Massenarbeitslosigkeit

Anmerkung: Für Ostdeutsche liegen uns die Daten nach der Wiedervereinigung ab 1991 vor. Daher können wir die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands ab der Wirtschaftsphase „Kranker Mann“ bewerten.

= keine Änderung bzw. Änderung bis 2 Prozent/Prozentpunkte; +/- statistisch signifikante (1%-Niveau) Änderung bis 10 Prozent/Prozentpunkte; ++/- statistisch signifikante (1%-Niveau) Änderung von mehr als 10 Prozent/Prozentpunkten

Quelle: Eigene Berechnung.

4 Arbeitsmarktentwicklungen im Haushaltskontext

Die bisherige Untersuchung aus der individuellen Perspektive hat gezeigt, dass verschiedene Gruppen der Bevölkerung von den Arbeitsmarktentwicklungen der letzten Jahrzehnte unterschiedlich profitiert haben. Es wurde deutlich, dass sich insbesondere die Situation von Frauen verändert hat: Besonders auffällig ist deren gewachsene Arbeitsmarktbeteiligung, die sich vor allem in einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigungen bei unterproportionalem Einkommenszuwachs äußert. Dies liegt unter anderem daran, dass Zweitverdiener – also in der Regel Frauen – im Vergleich mit Hauptverdienern (Männern) Entscheidungen über ihr Arbeitsangebot häufiger unter Berücksichtigung der Familien-situation treffen (vgl. Killingsworth et al. 1986 und Holst und Kröger 2017). Dies wiederum wird nicht zuletzt durch bestimmte Elemente des Steuer- und Transfersystems wie etwa das Ehegattensplitting gefördert.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unerlässlich, die individuelle Perspektive durch eine Analyse des Haushaltskontexts zu ergänzen. Nur im Haushaltskontext kann das verfügbare Einkommen und somit die wirtschaftliche Stellung einer Person analysiert werden. Dieser Abschnitt soll daher die Frage

beantworten, welche Haushalte im Lauf der Zeit gewonnen und welche verloren haben. Bei welchen Haushaltstypen hat die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen zu einem Zuwachs des Haushaltsäquivalenzeinkommens geführt?

Hierfür werden zunächst die Veränderungen in der Zusammensetzung der Haushalte seit den 1960er-Jahren betrachtet. Anschließend gehen wir explizit auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit sowie das Einkommen von Frauen ein, da sich gerade deren Arbeitsmarktverhalten in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert und an die wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst hat. Wir weiten sodann den Blick wieder, um die Einkommensentwicklung verschiedener Haushaltstypen zu untersuchen. Hierfür werden im ersten Schritt die Entwicklungen der Einkommen nach Haushaltstyp und Bildungsstand betrachtet, um dann im zweiten Schritt mithilfe eines Schätzmodells zu analysieren, welcher Teil der Einkommensentwicklung sich auf die Veränderung der demographischen Charakteristika der Bevölkerung und welcher Teil sich auf die reale Einkommensentwicklung zurückführen lässt. Auf diese Weise können die realen Gewinner und Verlierer der Einkommensentwicklung identifiziert werden.

Die Ergänzung der vorangegangenen, auf das Individuum bezogenen Analyse, durch eine haushaltsbezogene ermöglicht eine differenziertere Betrachtung von Gewinnern und Verlierern; gleichzeitig werden die Auswirkungen der gestiegenen Frauenerwerbstätigkeit je nach Haushaltstyp sichtbar.

Haushaltsstrukturen

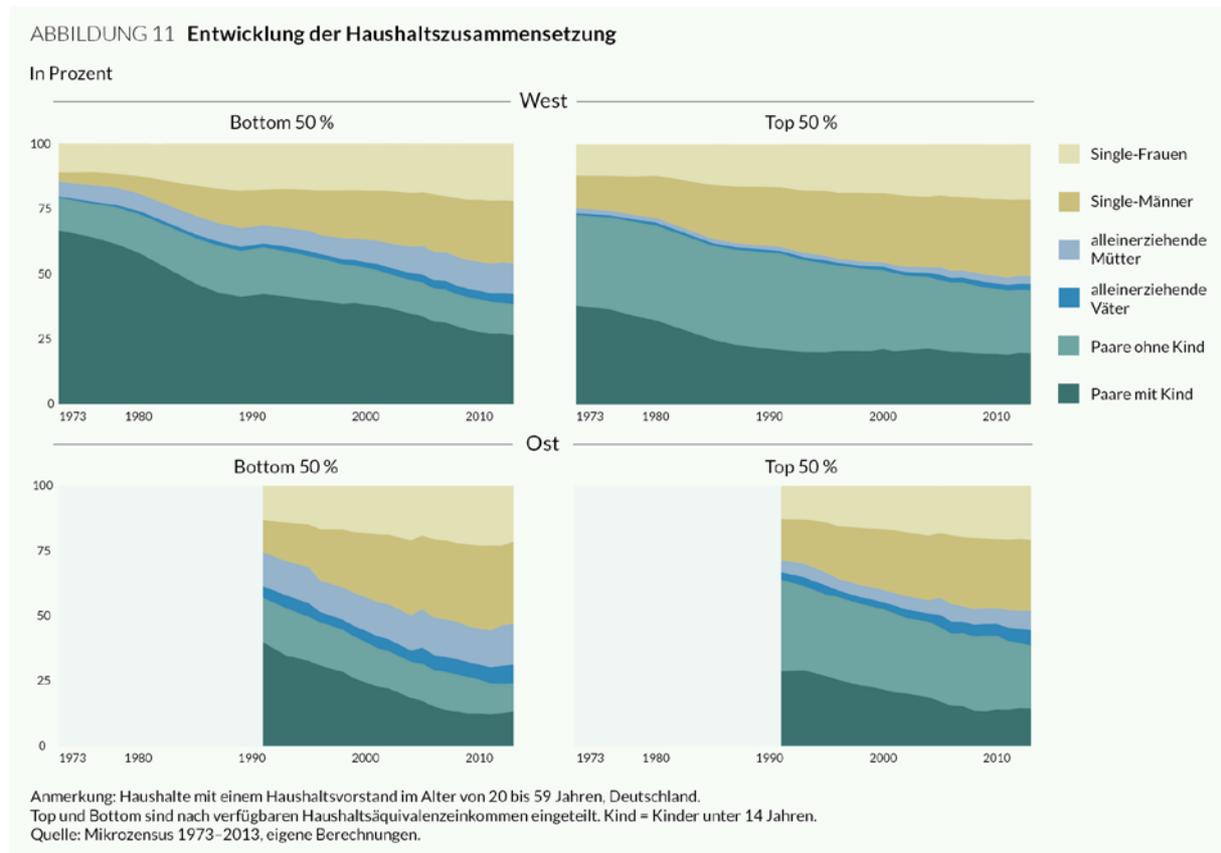
Abbildung 11 zeigt die Entwicklung der Haushaltszusammensetzung im Zeitraum von 1973 bis 2013 jeweils für West- und Ostdeutschland und für die untere und die obere Hälfte der Einkommensverteilung („Bottom 50 %“ beziehungsweise „Top 50 %“). Sie unterscheidet dabei zwischen den folgenden sechs -Haushaltstypen:

- alleinstehende Frauen,
- alleinstehende Männer,
- alleinerziehende Mütter,
- alleinerziehende Väter,
- Paare ohne Kinder und
- Paare mit Kindern.

Zur Bestimmung der Zugehörigkeit zur unteren oder oberen Hälfte der jährlichen Einkommensverteilung werden die verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen verwendet (vgl. Kasten 4).

Zunächst fällt ins Auge, dass unabhängig von Region und Einkommen der Anteil von Paaren mit Kindern seit 1973 stark abgenommen hat. Zeitgleich ist der Anteil alleinerziehender Eltern – in der Regel

handelt es sich um alleinerziehende Mütter – in Westdeutschland gestiegen, während er in Ostdeutschland seit jeher etwas höher liegt und im Lauf der Zeit nur leicht zugenommen hat. Letzteres kann historisch durch die größere ökonomische Unabhängigkeit von Frauen und die besser ausgebauten Betreuungsinstitutionen in der DDR erklärt werden (Schober und Stahl 2014). Der Anteil der Einpersonenhaushalte ist zudem auch unabhängig von Einkommen und Region über die Zeit hinweg stark gewachsen. Der Anteil kinderloser Paare hat hingegen nur leicht abgenommen.



Auffällig ist zudem, dass alleinerziehende Mütter sich in Westdeutschland fast nie – in Ostdeutschland immerhin häufiger, aber dennoch deutlich seltener als Paare und Alleinstehende ohne Kinder – in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung befinden. Andere Studien, so beispielsweise Tophoven et al. (2017), konnten sogar zeigen, dass Kinder alleinerziehender Mütter deutlich häufiger von Armut betroffen sind. Dieses erhöhte Armutsrisiko der Kinder sinkt auch dann nicht, wenn die Kinder erwachsen und aus dem Elternhaushalt ausgezogen sind. Gleichzeitig sind alleinstehende Frauen später mit größerer Wahrscheinlichkeit von Altersarmut betroffen (Haan et al. 2017). Der Anteil alleinerziehender Väter ist insgesamt, vor allem aber in Westdeutschland, sehr gering, hat allerdings im Lauf der Zeit ein wenig zugenommen.¹⁶

¹⁶ Aufgrund der geringen Fallzahlen können alleinerziehende Väter nicht in die weitere Analyse der Einkommen mit aufgenommen werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland und in beiden Hälften der Einkommensverteilung der Anteil von Paaren mit Kindern zugunsten eines Zuwachses von Einpersonenhaushalten stark abgenommen hat. Mit dieser Entwicklung hat auch die Nutzung von Skaleneffekten innerhalb eines Haushalts, zum Beispiel bei den Energiekosten oder der Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter, abgenommen. Gleichzeitig wurde die familieninterne Versicherungsfunktion geschwächt: Während in einer Partnerschaft der Einkommensverlust eines Partners – beispielsweise durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit – durch die Arbeitskraft des anderen zumindest partiell aufgefangen werden kann, sind alleinstehende Personen deutlich häufiger auf sich allein gestellt. Alleinerziehende Elternteile – in der Regel Mütter – sind davon noch stärker betroffen, da sie aufgrund der Betreuung ihrer Kinder am Arbeitsmarkt als vergleichsweise unflexibel gelten und von ihrem Einkommen nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kinder versorgen müssen.

Erwerbstätigkeit und Einkommen von Frauen

Da sich die Arbeitsmarktpartizipation von Männern in den letzten Jahren – anders als die der Frauen – kaum geändert hat, steht die starke Zunahme der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen im Mittelpunkt der Analyse. Um die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Einkommens von Frauen näher zu betrachten, wird im Folgenden zunächst auf die Gruppe der alleinstehenden und anschließend auf diejenige der verheirateten Frauen eingegangen.

Alleinstehende Frauen

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit alleinstehender Frauen ist besonders interessant, weil dieser Haushaltstyp – wie zuvor deutlich wurde – immer häufiger auftritt. Die blauen Linien in Abbildung 12 zeigen die Anteile berufstätiger alleinstehender Frauen an der Gesamtheit aller alleinstehenden Frauen mit und ohne Kinder. Um die unterschiedliche Erwerbssituation von Frauen mit und ohne Kinder besser vergleichen zu können, betrachten wir nur die Frauen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren. In diesem Zeitfenster sind die Mütter in der Regel zeitlich am stärksten in die Kinderbetreuung eingebunden. Zusätzlich bilden die braunen Linien jeweils die durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen in Preisen von 2015 ab,¹⁷ sodass die Entwicklungen von Erwerbstätigkeit und Einkommen gemeinsam betrachtet werden können.

Auffällig ist die unterschiedliche Entwicklung der beiden Maße je nach Region und Einkommensposition. Die einzige augenscheinliche Gemeinsamkeit zwischen allen vier Entwicklungen

¹⁷ Die realen Einkommen in Preisen von 2015 werden mithilfe des Verbraucherpreisindex (Statistisches Bundesamt) berechnet.

besteht darin, dass die Erwerbstätigkeit und die durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen alleinstehender Frauen ohne Kinder stets höher sind als jene von alleinstehenden Frauen mit Kindern. Dies ist auf die zeitintensive Kinderbetreuung und die mit der Haushaltsgröße verbundenen Äquivalenzeinkommensverluste zurückzuführen. Mit einer Zunahme von 38 Prozent zwischen 1973 und 2013 ist die Erwerbstätigkeit westdeutscher Frauen in der unteren Einkommenshälfte und mit Kindern am stärksten gestiegen. In der Vergleichsgruppe ohne Kinder ist hingegen nur ein leichter Anstieg zu beobachten, wobei zu berücksichtigen ist, dass das Ausgangsniveau bei Frauen ohne Kinder fast doppelt so hoch war wie bei solchen mit Kindern. Die verfügbaren Äquivalenzeinkommen beider Gruppen sind in diesem Zeitraum in ähnlichem Umfang gestiegen.

Wie in Abbildung 12 zu sehen, ist hingegen eine Erwerbstätigkeit für alleinstehende Frauen häufig notwendig, wollen sie die obere Einkommenshälfte in ihrer Gruppe erreichen. Westdeutsche alleinstehende Frauen ohne Kinder, die sich in der oberen Einkommenshälfte befanden, wiesen tatsächlich schon immer eine höhere Erwerbstätigkeit auf als westdeutsche Frauen ohne Kinder in der unteren Einkommenshälfte (vgl. Abbildung 12). Von 1973 bis 2013 ist die Arbeitsmarktbeteiligung alleinstehender Frauen ohne Kinder sogar um weitere 12 Prozentpunkte auf einen Anteil von 98 Prozent gestiegen. Eine ähnlich starke Zunahme lässt sich auch bei westdeutschen Müttern im oberen Einkommensbereich verzeichnen: Im Jahr 2013 waren 87 Prozent dieser Personengruppe erwerbstätig, während es 1976 nur 75 Prozent waren. Auffällig ist, dass die durchschnittlichen Einkommen dieser Gruppe im Vergleich mit der in der unteren Einkommenshälfte angesiedelten Gruppe überproportional gestiegen sind. Hier spiegelt sich wider, dass die Einkommen hochgebildeter Arbeitskräfte seit 1976 am stärksten zugelegt haben. Allgemein betrachtet trägt der stärkere Anstieg der Einkommen in der oberen im Verhältnis zur unteren Einkommenshälfte zur allgemeinen Spreizung der Einkommensverteilung und damit zum Anstieg der Ungleichheit bei.

Die gesellschaftlich und politisch gewollte hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen in der DDR (die sich in dem auch nach der Wiedervereinigung noch immer besseren Ausbau der Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern widerspiegelt) führte dazu, dass die Arbeitsmarktpartizipation und Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen schon zu DDR-Zeiten und damit auch im Jahr 1991 verhältnismäßig hoch war. Etwa neun von zehn alleinstehenden Frauen mit und ohne Kinder in der oberen Einkommenshälfte waren und sind auch heute noch in Ostdeutschland erwerbstätig (vgl. Abbildung 12).

ABBILDUNG 12 Erwerbstätigkeit und Einkommen alleinstehender Frauen

Anteil Erwerbstätige in Prozent, Einkommen in Euro



Anmerkung: Alleinstehende Frauen im Alter von 30 bis 49 Jahren. Top und Bottom sind nach verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen alleinstehender Frauen eingeteilt. Kinder = Kinder unter 14 Jahren. Durchschnittliches Haushaltsäquivalenzeinkommen in Euro zum Preisniveau von 2015.
Quelle: Mikrozensus 1976–2013, eigene Berechnungen.

Für alleinstehende Frauen in der unteren Einkommenshälfte zeichnet sich hingegen ein gegenläufiger Trend ab: Seit 1991 hat die Erwerbstätigkeit in der unteren Einkommenshälfte bei alleinstehenden Frauen ohne Kinder um 20 Prozent, bei alleinstehenden Müttern sogar um 37 Prozent abgenommen. Diese Entwicklung könnte durch eine unfreiwillige Zunahme der Arbeitslosigkeit bedingt sein, welche die allgemein schlechtere Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland widerspiegelt. Einen Indikator dafür stellt die ebenfalls starke Abnahme der Erwerbstätigkeit alleinstehender Frauen ohne Kinder dar. Der noch stärkere Rückgang bei alleinerziehenden Müttern könnte dadurch erklärt werden, dass diese Mütter aufgrund der Kinderbetreuung häufig zeitlich unflexibel und daher anfälliger für Arbeitslosigkeit sind. Ein Teil der Abnahme könnte sich allerdings durch einen weiteren Faktor erklären: Mütter gehen freiwillig länger in Elternzeit, weil in der Bundesrepublik keine Pflicht zur Arbeit besteht und sie somit, anders als zu DDR-Zeiten (Konrad-Adenauer-Stiftung 2019), länger aus dem Arbeitsmarkt aussteigen können.

Hingegen sind die Haushaltseinkommen auch in Ostdeutschland im oberen Einkommensbereich deutlich stärker als im unteren gewachsen, was womöglich die stark gestiegenen Bildungsrenditen widerspiegelt. Allerdings liegen die ostdeutschen Haushaltseinkommen im Durchschnitt unter den

westdeutschen. Wie bereits erwähnt, sollte bei der Interpretation dieser absoluten Unterschiede auch bedacht werden, dass zwischen den neuen und den alten Bundesländern große regionale Differenzen in den Lebenshaltungskosten (Hillringhaus und Peichl 2010) bestehen.

Verheiratete Frauen

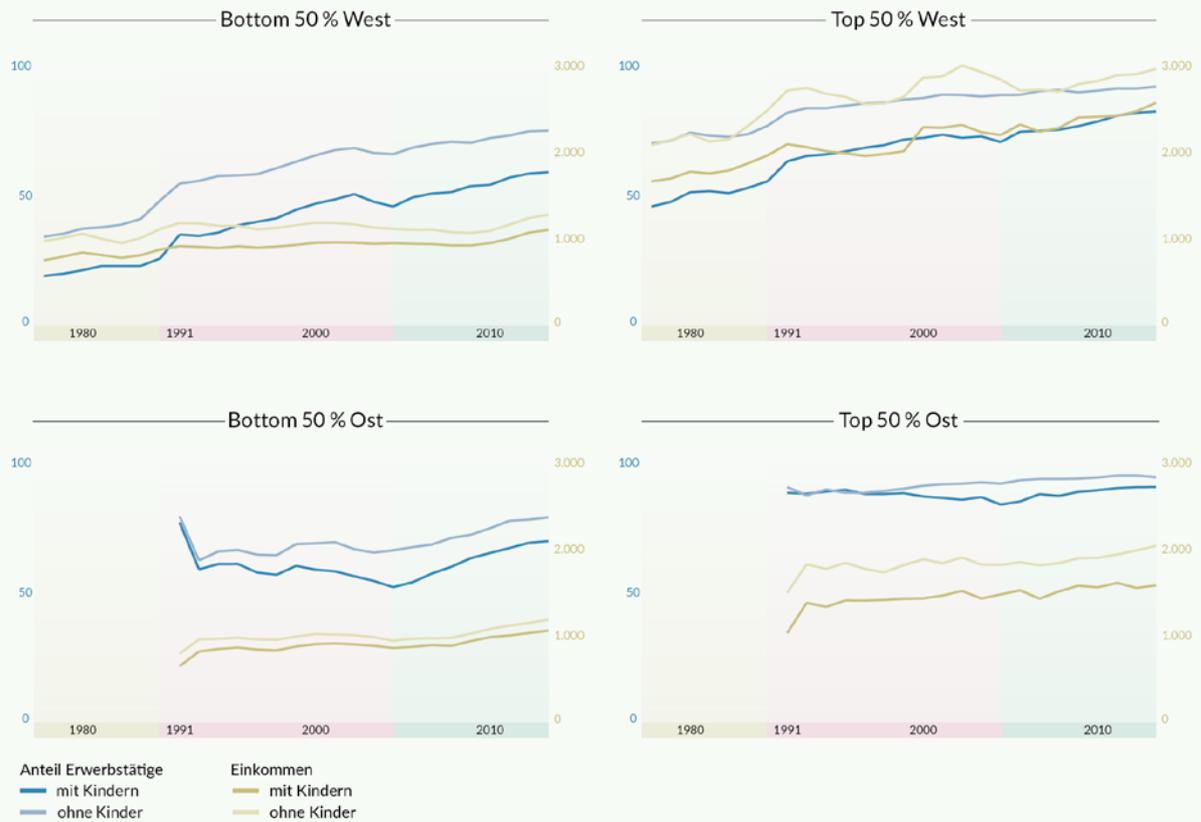
Während alleinstehende Frauen zwangsläufig größtenteils allein für Einkommen, Haushalt und gegebenenfalls Kinder sorgen müssen, können Personen in Partnerschaften diese Aufgaben untereinander aufteilen. Ökonomisch ist dabei insbesondere die Erwerbssituation von Frauen und deren Beitrag zum Gesamteinkommen des Haushalts interessant, da diese Faktoren auch die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen in einer Beziehung widerspiegeln.

Abbildung 13 zeigt den Anteil verheirateter erwerbstätiger Frauen an der Grundgesamtheit aller verheirateten Frauen, getrennt nach Einkommensposition und Region, sowie die Entwicklung der verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen der jeweiligen Subgruppen. Die Abbildung macht signifikante Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar: Während die Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen sehr stark zugenommen hat, hat sie sich bei ostdeutschen Frauen kaum verändert oder ist sogar leicht gesunken. Letzteres lässt sich teilweise durch das deutlich höhere Ausgangsniveau der Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen erklären. Der Anteil Erwerbstätiger unter den verheirateten westdeutschen Frauen ist in der unteren Einkommenshälfte im Zeitverlauf für Frauen mit und ohne Kinder um 120 Prozent und in der oberen Einkommenshälfte um 31 Prozent (ohne Kinder) beziehungsweise 72 Prozent (mit Kindern) gestiegen. Die Arbeitsmarktpartizipation ostdeutscher verheirateter Frauen in beiden Einkommensbereichen war im Jahr 2013 hingegen fast genauso hoch wie im Jahr 1991.

Setzt man die starke Zunahme der Erwerbstätigenanteile westdeutscher verheirateter Frauen ins Verhältnis zur Entwicklung der Einkommen, so fällt ins Auge, dass die Einkommen im Durchschnitt in der unteren Hälfte deutlich weniger stark angestiegen sind als in der oberen Hälfte. Hinzu kommt, dass der Einkommenszuwachs in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung für Frauen mit und ohne Kinder deutlich unter der Zunahme der Erwerbstätigenquote dieser Frauen liegt, also unterproportional gestiegen ist. Das Lohnwachstum bleibt somit deutlich hinter dem Jobwachstum zurück. Dies deutet darauf hin, dass die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit – der innerhalb der Haushalte eine Versicherungsfunktion zukommt, indem sie einen Einkommensverlust der Männer ausgleicht – die Haushaltseinkommen nur teilweise stabilisieren konnte. Die Entwicklung der Einkommen in Ostdeutschland ist derjenigen in Westdeutschland dabei im Trend, wenn auch nicht in absoluten Zahlen, sehr ähnlich.

ABBILDUNG 13 **Erwerbstätigkeit und Einkommen verheirateter Frauen**

Anteil Erwerbstätige in Prozent, Einkommen in Euro



Anmerkung: Verheiratete Frauen im Alter von 30 bis 49 Jahren. Top und Bottom sind nach verfügbarem Haushaltsäquivalenzeinkommen von Paarhaushalten eingeteilt. Kinder = Kinder unter 14 Jahren. Durchschnittliches Haushaltsäquivalenzeinkommen in Euro zum Preisniveau von 2015. Quelle: Mikrozensus 1976–2013, eigene Berechnungen.

Haushaltstypen

Welche Haushalte haben über die Zeit hinweg gewonnen und welche verloren? Für welche Haushaltstypen hat die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen zu einem Zuwachs des Haushaltsäquivalenzeinkommens geführt? Und schließlich: Wie lässt sich dieser Zusammenhang zuverlässig feststellen?

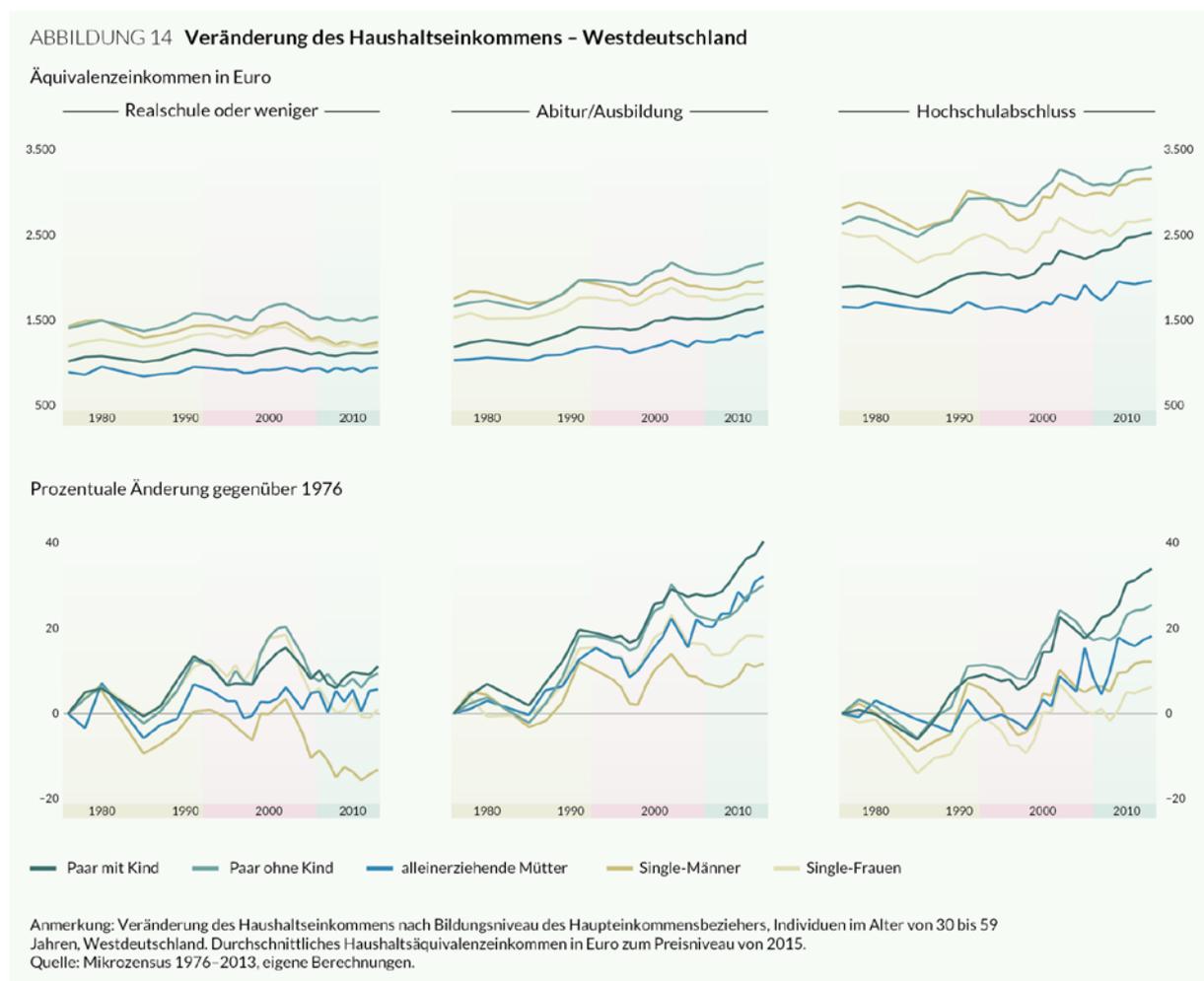
Die Veränderung der mittleren Äquivalenzeinkommen wird in den Abbildungen 14 und 15 dargestellt. Sie kann verschiedene Gründe haben. Um bereinigte Trends der Einkommensentwicklung zu erhalten, haben wir deshalb in einem zweiten Schritt ein multivariates Ordinary-Least-Square-(OLS-)Modell geschätzt. Hierdurch konnten wir den Einfluss ausgewählter Faktoren, die im Zusammenhang mit Einkommen stehen, näher bestimmen (vgl. Kasten 5).

Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen

Die Äquivalenzeinkommen der verschiedenen Haushaltstypen weichen stark voneinander ab und auch das Bildungsniveau des Haupteinkommensbeziehers hat einen starken Einfluss auf die

durchschnittliche Höhe des Äquivalenzeinkommens. Als Haupteinkommensbezieher wird in diesem Kontext jene Person verstanden, die das höchste Einkommen bezieht.

Abbildung 14 zeigt, dass in Westdeutschland Paare ohne Kinder und alleinstehende Männer über alle Bildungsniveaus des Haupteinkommensbeziehers hinweg das höchste Einkommen haben. Die niedrigsten Äquivalenzeinkommen in Westdeutschland erzielen hingegen Paare mit Kindern und alleinerziehende Mütter. Trotz unterschiedlicher Trendverläufe bleibt diese Ordnung für den gesamten Beobachtungszeitraum in Westdeutschland -bestehen.



Einerseits ist das allgemeine Einkommensniveau von Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher ein niedriges Bildungsniveau aufweist, deutlich niedriger als jenes von Haushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher das Abitur oder eine Berufsausbildung besitzt. Am höchsten ist das Einkommen von Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher über einen Hochschulabschluss verfügt (vgl. Abbildung 14). So lag im Jahr 1976 das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen von Paaren mit Kindern, bei denen der Haupteinkommensbezieher nur einen Realschulabschluss oder weniger besaß, bei ungefähr 1.000 Euro. Hatte der

Haupteinkommensbezieher ein abgeschlossenes Abitur oder eine Berufsausbildung, so betrug das durchschnittliche Einkommen rund 1.200 Euro. In Haushalten mit einem Hochschulabsolventen als Haupteinkommensbezieher lag das Einkommen bei knapp 2.000 Euro.

Andererseits nimmt auch die absolute Spreizung der Haushaltseinkommen innerhalb der Bildungsgruppen mit steigendem Bildungsniveau zu. Während in der Gruppe „Realschule oder weniger“ die Differenz zwischen dem einkommensschwächsten (alleinerziehende Mütter) und dem einkommensstärksten Haushaltstyp (alleinstehende Männer) im Jahr 1976 bei rund 550 Euro lag, betrug der Abstand bei Haushalten mit Hochschulabschluss rund 1.130 Euro. Relativ betrachtet liegt der Unterschied also über die Bildungsgruppen hinweg bei rund 60 Prozent des Äquivalenzeinkommens. Diese beiden Trends gelten sowohl für West- als auch für Ostdeutschland, wenn auch mit zeitlicher -Verschiebung.

Obwohl sich die einzelnen Bildungsgruppen bezüglich ihres Ausgangsniveaus stark unterscheiden, zeigt der allgemeine Zeittrend für alle Bildungsgruppen in Westdeutschland einen ähnlichen Verlauf (vgl. Abbildung 14). Im Zuge der Phase der volatilen Wirtschaftsentwicklung ging das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen in den 1980er-Jahren zurück. Nach der Wiedervereinigung und in der Phase der wirtschaftlichen Erholung stieg es wieder an. Das Ausmaß dieses Anstiegs fällt je nach Bildungsniveau unterschiedlich aus. Die Gruppe der Geringqualifizierten verzeichnete lediglich einen geringen Zuwachs. Demgegenüber waren die Einkommenszuwächse der anderen Gruppen stärker. Insbesondere westdeutsche Paarhaushalte mit einem Haupteinkommensbezieher mit Hochschulabschluss konnten von starken Zuwächsen profitieren. Im Vergleich damit verzeichneten westdeutsche Single-Haushalte mit oder ohne Kinder geringere Zuwächse. Hierbei sticht heraus, dass alleinstehende Männer mit einem Realschulabschluss oder geringerer Bildung als einzige Gruppe im Durchschnitt einen Einkommensverlust zu verzeichnen hatten. Während sie 1976 noch die Gruppe mit dem höchsten durchschnittlichen Einkommen waren, verloren sie nicht nur im Vergleich mit anderen Haushaltstypen, sondern büßten auch absolut rund 13 Prozent ihres realen Einkommens ein.

In Ostdeutschland ist ein vergleichbarer absoluter und auch relativer Abstieg geringgebildeter alleinstehender Männer zu beobachten (vgl. Abbildung 15). Nach der Wiedervereinigung erzielten alle Haushaltstypen aller Bildungsniveaus einen Einkommenszuwachs, mit Ausnahme von Männern mit einem geringen Bildungsniveau. Letztere verzeichneten bereits in diesem Zeitraum ein stagnierendes Einkommen, das nach 2005 infolge der umfassenden Arbeitsmarktreformen und des weiteren Abbaus der Industrie in Ostdeutschland sogar sank; insgesamt verloren sie von 1991 bis 2013 rund 15 Prozent ihres realen Einkommens. Die ostdeutschen Haushalte mit einem Haushaltsvorstand mit mittlerem bis hohem Bildungsniveau konnten gerade in der Phase der wirtschaftlichen Erholung ab 2005 starke Einkommenszuwächse verzeichnen. Besonders für ostdeutsche Paarhaushalte stellt sich die

Entwicklung positiv dar: Obwohl die Trends in Ostdeutschland – zum Beispiel steigende Einkommen und eine mit zunehmendem Bildungsniveau zunehmende Einkommensspreizung – im Wesentlichen den westdeutschen Trends entsprechen, ist der starke Einkommenszuwachs von Paarhaushalten mit Mittel- und Hochqualifizierten besonders auffällig.

Bereinigte Einkommensentwicklung und kontrafaktische Analyse

Die Struktur der Bevölkerung in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Insbesondere betrifft dies die Bildung, die Zusammensetzung der Haushalte, das Alter der Eltern bei der Geburt des ersten Kindes und die Zahl der Kinder sowie die allgemeine Altersstruktur in der Bevölkerung. Diese Faktoren beeinflussen die Möglichkeit, Einkommen zu -erzielen.

Um bereinigte Einkommensrends im Zeitverlauf zu erhalten, haben wir diese Faktoren in ein multivariates Regressionsmodell aufgenommen. Dieses Modell diente als Grundlage zur Berechnung kontrafaktischer Szenarien nach Haushaltstyp, Region und Bildungsniveau des Haupteinkommensbeziehers. Ein Vergleich mit den deskriptiven durchschnittlichen Trends (vgl. Abbildungen 14 und 15) offenbart, inwieweit beobachtete Entwicklungen auf eine Änderung der demographischen Charakteristika der Bevölkerung oder auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen zurückzuführen sind (vgl. Kasten 5). So lässt sich differenzieren, das heißt beispielsweise die Frage beantworten, ob die Haushaltseinkommen gestiegen sind, weil der Haushaltstyp im Durchschnitt älter geworden ist und somit ein höheres Einkommen generiert oder weil dieser Haushaltstyp allgemeine, von den Trends bereinigte Einkommensgewinne verzeichnen konnte. Der Zusammenhang zwischen Haushaltstyp und Haushaltseinkommen lässt sich somit unabhängig von den anderen Einflussfaktoren bestimmen.

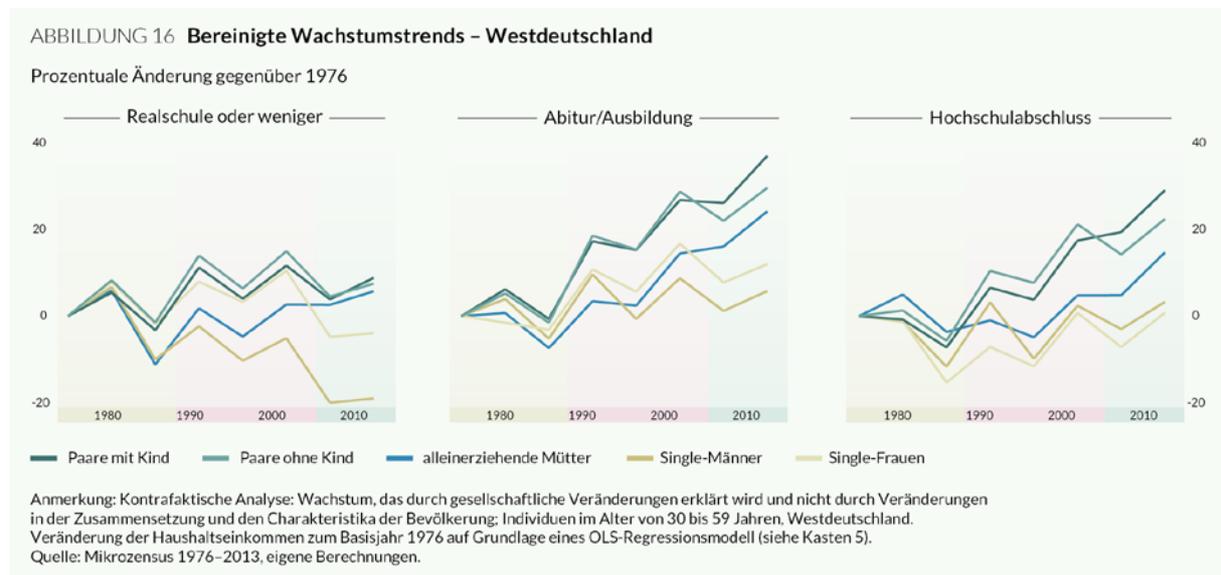
Die Ergebnisse unserer Analyse sind in den Abbildungen 16 und 17 als prozentuale Entwicklungen zur Basis 1976 bzw. 1991¹⁸ (nach Haushaltstyp und Bildungsniveau) dargestellt.

Für Westdeutschland zeigt sich ein einheitliches Bild über die Bildungsgruppen hinweg: Von der Entwicklung der Einkommen seit 1976 haben Paarhaushalte und alleinerziehende Mütter am stärksten profitiert.¹⁹ Gleichzeitig sind die realisierten Einkommensgewinne stark vom Bildungsniveau des

¹⁸ Die Entwicklung wird aufgrund des sehr großen Datensatzes und des damit einhergehenden Rechenaufwands nur für die Jahre 1976, 1980, 1985, 1991, 1997, 2002, 2008 und 2013 dargestellt.

¹⁹ Bei der Analyse der Gewinner sind dringend die Niveauunterschiede der Einkommen des Basisjahres 1976 für Westdeutschland und 1991 für Ostdeutschland zu beachten. Zwar kann ein Haushaltstyp hohe relative Gewinne verzeichnen, jedoch in absoluten Werten immer noch deutlich hinter Haushalten liegen, die 1976 (bzw. 1991) ein höheres absolutes Einkommen realisiert haben.

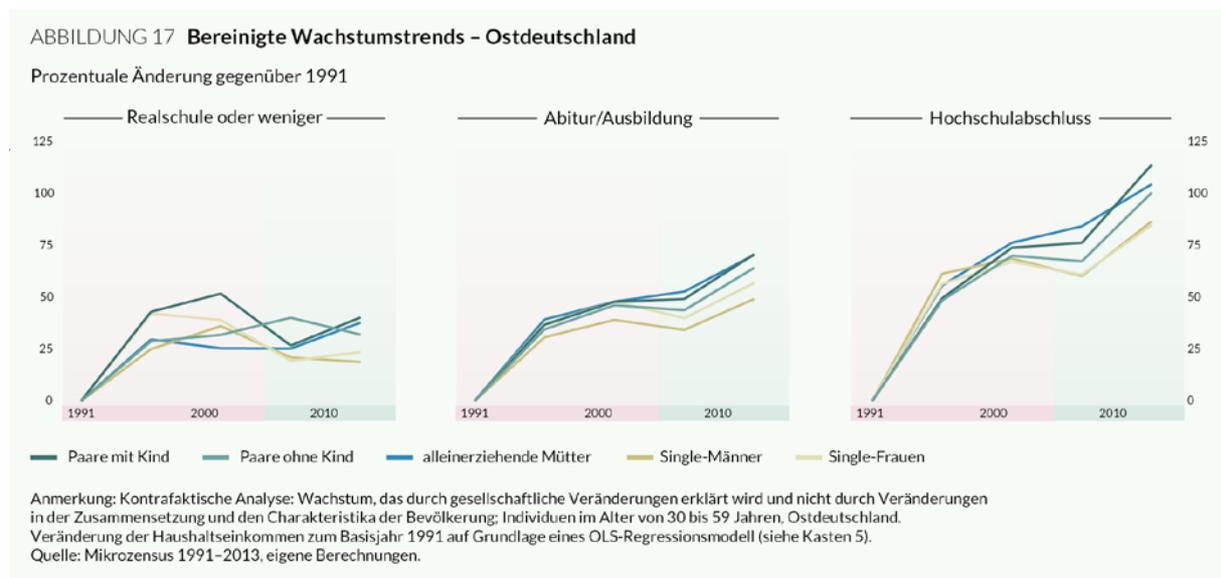
Haupteinkommensbezieher abhängig. So sind die Einkommen von Haushalten mit einem Haupteinkommensbezieher mit niedrigem Bildungsniveau am geringsten.



Insbesondere alleinstehende Männer und Frauen mit einem geringen Bildungsniveau haben an Einkommen verloren, wenn man für ihre demographischen Veränderungen in Bezug auf Alter und Wohnort kontrolliert.²⁰ Das Einkommen alleinstehender Frauen mit einem geringen Bildungsniveau in Westdeutschland ist zwischen 1976 und 2013 um 4 Prozent gesunken, das Einkommen alleinstehender Männer sogar um 20 Prozent. Das heißt, dass der leichte Einkommensgewinn alleinerziehender Mütter mit einem geringen Bildungsniveau, der in Abbildung 14 wiedergegeben ist, auf eine Änderung der Alters- oder Haushaltsgröße dieser Gruppe zurückzuführen ist. Kontrolliert man jedoch für diese Eigenschaften, so hat die Gruppe real Einkommensverluste zu verzeichnen. Diese Einkommensverluste von Einpersonenhaushalten sind insbesondere in der Phase nach 2005 und nach den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 zu beobachten. Neben Paarhaushalten mit Kindern und ohne Kinder konnten auch alleinerziehende Mütter mit geringem Bildungsniveau einen Einkommensgewinn realisieren. Hier ist jedoch anzumerken, dass über die Zeit sowohl die verbesserten Rahmenbedingungen als auch die besseren Charakteristika einen positiven Einfluss auf den Einkommensverlauf hatten; so ist der bereinigte Zuwachs etwas kleiner als derjenige unter Berücksichtigung der veränderten Charakteristika. Dies kann zum Beispiel daran liegen, dass die durchschnittliche Kinderzahl in den Haushalten abgenommen hat und es somit zu einem Einkommensgewinn gekommen ist oder dass sich die Altersstruktur positiv verändert hat.

²⁰ Eine Veränderung der Kinderzahl kann hier unberücksichtigt bleiben, da den betrachteten Haushalten per Definition keine Kinder angehören.

Während in Westdeutschland die Einkommenszuwächse von Single-Haushalten mit mittlerem bis hohem Bildungsniveau über die Zeit hinweg gering waren, konnten Paarhaushalte mit einem mittleren bis hohem Bildungsniveau die größten relativen bereinigten Gewinne realisieren. Die Einkommensgewinne liegen bei über 30 Prozent bei Paarhaushalten mit einem Haupteinkommensbezieher mit mittlerem Bildungsniveau und über 20 Prozent bei Paarhaushalten mit einem Haupteinkommensbezieher mit hohem Bildungsniveau. Diese Zuwächse wurden durch zwei Entwicklungen begünstigt: Zum einen sind die Individualeinkommen für Qualifizierte und Hochqualifizierte am stärksten gestiegen; davon profitieren im Durchschnitt natürlich auch Paare, bei denen mindestens ein Partner hochqualifiziert ist. Zum anderen zeigt sich aber auch noch einmal der wichtige Einfluss der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen, welche die allgemein unsichere Lage am Arbeitsmarkt für männliche Arbeitnehmer (Bönke et al. 2015b) kompensieren kann, auf die wirtschaftliche Lage von Haushalten.



Die hier nun sichtbaren, relativ geringeren Einkommensgewinne von Paarhaushalten mit Kindern im Vergleich mit deren Stellung bei den durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen (vgl. Abbildung 14) lassen sich durch die Aufnahme des Alters und der Kinderzahl in das Regressionsmodell erklären. Hierbei werden diese Variablen konstant auf dem durchschnittlichen Wert aus dem Jahr 1976 gehalten. Zum einen kontrollierten wir somit für die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung, da mit zunehmendem Alter im Durchschnitt auch das Einkommen steigt. Zum anderen ist das Haushaltsäquivalenzeinkommen von Familien mit Kindern deshalb gestiegen, weil die durchschnittliche Kinderzahl über den Beobachtungszeitraum hinweg gesunken ist. Somit lässt sich die bereinigte Entwicklung der Einkommen für Paarhaushalte mit Kindern darstellen und zeigen, dass die Veränderung der Charakteristika einen positiven Einfluss auf die -Einkommens-trends hatte.

Eine positive allgemeine Entwicklung lässt sich zudem für -alleinerziehende Mütter beobachten. Die Zuwächse von 24 -Prozent für alleinerziehende Mütter mit mittlerem Bildungs-niveau und knapp 15 Prozent für solche mit hohem Bildungs-niveau liegen unter dem Anstieg der realen Einkommen (vgl. Abbildung 14). Dies bedeutet, dass für diese Personengruppe ein Teil der deskriptiven Einkommensgewinne auf eine Verän-derung der Charakteristika wie Kinderzahl, Alter oder Wohnort -zurückzuführen ist.

In Ostdeutschland zeigt sich ein etwas anderes Bild (vgl. Abbildung 17). Hier konnten seit der Wiedervereinigung alle Haushaltstypen in allen Bildungsgruppen Einkommensgewinne verzeichnen. Jedoch sind auch hier die Gruppen mit den niedrigsten Einkommensgewinnen die alleinstehenden Männer und Frauen mit niedrigem Bildungsniveau. Für alle Bildungsgruppen ist Anfang der 1990er-Jahre ein starker Einkommensgewinn von 30 bis 50 Prozent zu verzeichnen; allerdings konnten nur alleinerziehende Mütter im Anschluss an diesen ersten Anstieg weitere Gewinne realisieren.

In den anderen Bildungsgruppen in Ostdeutschland verzeichneten Einpersonenhaushalte die geringsten Zuwächse; dennoch ist die Entwicklung sehr positiv zu beurteilen – angesichts von Einkommenszuwächsen von rund 50 Prozent bei Personen mit mittlerer Bildung und rund 75 Prozent bei Personen mit hoher Bildung. Auch hier wiederum haben Paarhaushalte mit am stärksten profitiert. Dies zeigt noch einmal die positiven Auswirkungen und die Versicherungsmöglichkeit innerhalb von Paar- bzw. Doppelverdienerhaushalten.

In Haushalten mit einem Haupteinkommensbezieher mit mittlerer Bildung sind die bereinigten Einkommen im betrachteten Zeitraum von 1991 bis 2013 um 60 bis 70 Prozent gestiegen. In Haushalten mit einem Haupteinkommensbezieher mit hohem Bildungsniveau haben sich die bereinigten Einkommen sogar teilweise verdoppelt. Interessanterweise sind auch die bereinigten Einkommensgewinne alleinerziehender Mütter sehr hoch – deutlich höher als die deskriptiven (vgl. Abbildung 15). Anders als im Fall der westdeutschen alleinerziehenden Mütter hat die Entwicklung der Charakteristika auf die Einkommensentwicklung alleinerziehender Mütter in Ostdeutschland einen negativen Einfluss. Zudem kann der starke allgemeine Anstieg der Einkommen zu einem großen Teil durch das niedrige Ausgangsniveau der Einkommen alleinerziehender Mütter erklärt werden.

Wer gewinnt? Wer verliert?

Zusammenfassend lassen sich für West- und Ostdeutschland Bilder zeichnen, die einander ähneln: Die wirtschaftliche Lage der Haushalte alleinstehender Männer und von Frauen ohne Kinder hat sich im Lauf der Zeit nicht nur absolut, sondern auch relativ, das heißt im Vergleich mit anderen Haushaltstypen, stark verschlechtert. Dies trifft insbesondere auf geringqualifizierte alleinstehende Männer zu. Diese gehören eindeutig zu den Verlierern der Entwicklung. Allgemein zeigt sich auch, dass innerhalb von Paarhaushalten eine Absicherung der Einkommen möglich ist. Paarhaushalte gehören

in West- und in Ostdeutschland eindeutig zu den Gewinnern der Arbeitsmarktentwicklung seit der Wiedervereinigung. Vor allem Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher mittel- oder hochqualifiziert ist, konnten starke Einkommensgewinne erzielen. Dagegen führte in der Gruppe der Geringqualifizierten die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit in Westdeutschland nicht dazu, dass Paarhaushalte Einkommensgewinne erzielen konnten; immerhin aber konnte die Ausweitung der Erwerbstätigkeit der Frauen diese vor Einkommensverlusten in der Größenordnung schützen, wie sie bei Single-Haushalten zu beobachten sind. Alleinerziehende Mütter konnten starke prozentuale Einkommensgewinne verzeichnen, befinden sich aber immer noch am Ende der Einkommensverteilung – ein Befund, der im Übrigen in dieser Gruppe auf alle Regionen und Bildungsgruppen zutrifft.

Diese Ergebnisse und Trends werden durch ein Schätzmodell bestätigt und legen nahe, dass die positive Entwicklung der Einkommen von Paaren und westdeutschen alleinerziehenden Müttern auf einer Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie auf einer Verbesserung der Charakteristika der beiden genannten Gruppen beruhen. So ist im Lauf der Zeit das durchschnittliche Alter der Bevölkerung gestiegen und damit auch das durchschnittliche Einkommen (Einkommen und Alter sind positiv miteinander korreliert). Demgegenüber hat sich bei anderen Haushaltstypen, wie geringqualifizierten alleinstehenden Männern und Frauen in Ostdeutschland, die Entwicklung der Charakteristika negativ auf die Einkommensentwicklung ausgewirkt.

5 Fazit

Die vorliegende Untersuchung bildet den ersten Teil einer dreiteiligen Studienreihe, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Auswirkungen historischer, aktueller und prognostizierter Trends auf dem Arbeitsmarkt auf die individuelle Beschäftigungssituation und künftige Lebenserwerbseinkommen zu untersuchen. Dabei standen die Entwicklungen der vergangenen sechs Dekaden im Vordergrund der Betrachtung. Mit der Aufarbeitung und Harmonisierung der Daten auf der Basis des Mikrozensus – einer seit 1957 fast jährlich durchgeführten repräsentativen Befragung privater Haushalte in Deutschland, die einen Anteil von einem Prozent an der Grundgesamtheit ausmachen – konnten wir erstmals ein großes und denkbar umfassendes Bild entwerfen, das die Gewinner und Verlierer der Arbeitsmarktentwicklungen -herausstellt.

Im ersten Schritt haben wir hierzu die Entwicklung im Kreis der Frauen und der Männer analysiert, jeweils getrennt nach Bildungsniveau und regionaler Zugehörigkeit, um Gewinner und Verlierer auf der individuellen Ebene zu ermitteln. Dafür haben wir mehrere Dimensionen betrachtet – das Arbeitslosigkeitsrisiko, die Tätigkeiten nach Blossfeld und das verfügbare Individualeinkommen –, da

eine eindimensionale Analyse ein unvollständiges Bild gezeichnet hätte. Im zweiten Schritt haben wir den Haushaltskontext berücksichtigt, da dieser insbesondere für die Arbeitsmarktentscheidung von Frauen eine wichtige Rolle spielt.

Im Ergebnis zeigt sich, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig von den Einflüssen des technologischen Fortschritts und der Globalisierung sowie den daraus folgenden Veränderungen der Arbeitsmarktsituation profitiert haben. Im Hinblick auf das Arbeitslosigkeitsrisiko, die Tätigkeiten und das Einkommen wird deutlich, dass geringqualifizierte Männer und Frauen zu den Verlierern der Arbeitsmarktentwicklung gehören. Auch der leichte Rückgang des Arbeitslosigkeitsrisikos in der Phase der wirtschaftlichen Erholung seit 2005 kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Personengruppe unter dem langfristigen Arbeitsmarktwandel am stärksten gelitten hat. Das gilt insbesondere für Geringqualifizierte in Ostdeutschland.

Die Hauptgewinner sind hingegen hochqualifizierte westdeutsche Männer: Deren Arbeitslosenquote war stets gering und der Match von Qualifikation und Tätigkeiten konstant sehr gut; zudem haben ihre verfügbaren Einkommen am stärksten zugenommen. Aber auch hochqualifizierte ostdeutsche Arbeitskräfte konnten von den guten Arbeitsmarktchancen für Hochqualifizierte der letzten Jahrzehnte profitieren.

Die größten strukturellen Änderungen waren bei den west-deutschen Frauen zu beobachten. Deren Bildungsniveau und Erwerbsbeteiligung sind seit der Gründung der Bundesrepublik stark gestiegen. Am stärksten haben unter den Frauen die Hochqualifizierten profitiert. Diese kämpfen zwar immer noch damit, dass sie häufiger als ihre männlichen Kollegen Tätigkeiten ausüben, die nicht ihrem höheren formalen Bildungsabschluss entsprechen, doch immerhin konnten sie diese Diskrepanz im Lauf der Jahrzehnte verringern. Auch die Einkommen west-deutscher Frauen sind gestiegen, wenn auch noch nicht ausreichend, um die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zu beseitigen.

Ostdeutsche Frauen hingegen waren traditionell schon immer stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden, sodass sich – abgesehen von den gestiegenen Bildungsrenditen und den damit einhergehenden Einkommengewinnen – eher eine konstante Entwicklung beobachten lässt.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen unter Berücksichtigung des Haushaltskontexts zeigt zudem, dass die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen in Westdeutschland in der unteren Einkommenshälfte mit Abstand am stärksten zugenommen hat – auch weil hier die Erwerbstätigkeit historisch am geringsten war. Dennoch war der Zuwachs der durchschnittlich verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen in diesen Haushalten geringer als in der oberen Einkommenshälfte angesiedelten Vergleichsgruppe. Dies kann darauf hindeuten, dass die Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen nicht in allen Haushalten an den besseren

Arbeitsmarktperspektiven für Frauen liegt, sondern zumindest teilweise auch der wirtschaftlichen Unsicherheit des Partners und somit derjenigen des Haushalts als Ganzem geschuldet ist.

Insgesamt hat die Wirtschaftskraft Deutschlands in großem Maße von der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen profitiert (vgl. Elborgh-Woytek et al. 2013). Diese Entwicklung wird nicht nur von Arbeitsmarktinstitutionen, der Bildungsexpansion und den verbesserten Möglichkeiten der Kinderbetreuung getragen. Stattdessen wurde sie durch zwei weitere wesentliche Faktoren beeinflusst. Da ist, erstens, der sektorale Wandel. Er hat das Gewicht des Industriesektors zugunsten des Dienstleistungssektors verringert, was wiederum flexiblere Arbeitszeiten und mehr Teilzeitarbeit ermöglicht; überdies sind Frauen traditionell im Dienstleistungssektor stärker vertreten. Zweitens zu nennen sind die staatlichen Deregulierungsmaßnahmen. Sie waren insbesondere darauf ausgerichtet, die Erwerbsbeteiligung am unteren Rand (geringqualifizierte, einkommensschwache Personen) zu stärken; sie haben aber trotz steigender Erwerbsbeteiligung auch Verlierer hervorgebracht. Frauen prekär beschäftigter Männer sind in zunehmendem Maß zu Zweitverdienerinnen geworden, die das Familieneinkommen absichern. Bei der Haushaltsanalyse zeigt sich, dass dieses Zweitverdiener-Modell zu Einkommensgewinnen in Paarhaushalten geführt hat. Unsichere Arbeitsverhältnisse mit geringen individuellen Einkommenszuwächsen des Haupteinkommensbeziehers können durch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgeglichen werden. Frauen übernehmen somit innerhalb der Haushalte zunehmend eine „Versicherungsfunktion“.

Die durch die Politik eingeleitete Veränderung der Arbeitsmarktinstitutionen hat insbesondere auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung gesetzt – eine Verbesserung, die sich allerdings nicht notwendigerweise in anderen Dimensionen wie beispielsweise dem Haushaltseinkommen widerspiegelt. Zudem sind die Arbeitsmarktinstitutionen immer noch sehr stark am klassischen Familien- und Beschäftigungsmodell, wie etwa stetigen Erwerbsverläufen, orientiert, obwohl dieses Modell die Lebenswirklichkeit vieler Haushalte immer seltener abbildet. Die Politik muss also stärker als bisher darüber nachdenken, wie sie vor allem geringqualifizierte Personen besser (und nicht nur stärker) in den Arbeitsmarkt einbinden kann und wie auch nichtklassische Familien- und Beschäftigungssituationen besser abgesichert werden können. Diesen Fragen werden wir in den beiden Folgestudien dieser Reihe gesondert nachgehen.

Literatur

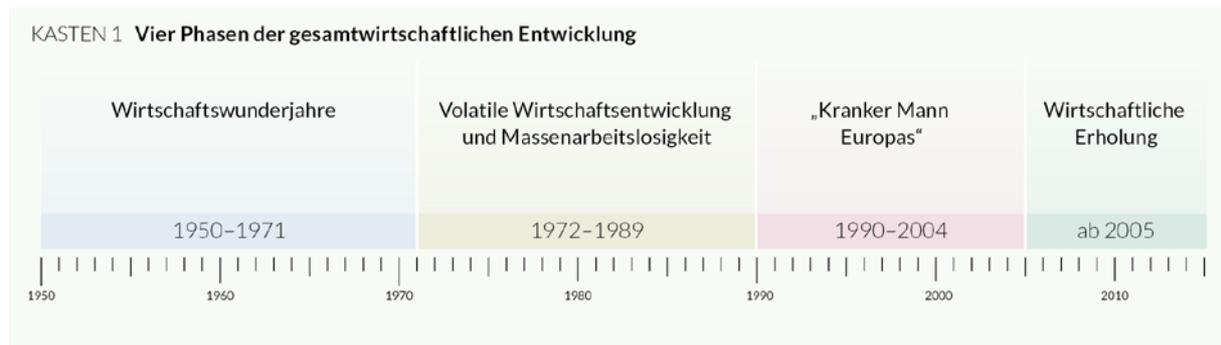
- Armingeon, K., L. Knöpfel, D. Weisstanner und S. Engler** (2014): Comparative Political Data Set I 1960–2012. Bern: Institute of Political Science, University of Berne.
- Bach, S.** (2014): „Frauen erzielen im Durchschnitt nur halb so hohe Einkommen wie Männer“. In: *DIW Wochenbericht* 35/2014, S. 803–813.
- Bartels, C.** (2014): Versicherung und Anreize im deutschen Wohlfahrtsstaat. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Bartels, C. und K. Jenderny** (2015): The role of capital income for top income shares in Germany. World Top Incomes Database (WTID) Working Paper Nr. 1/2015.
- Bauer, T. K., B. Dietz, K. F. Zimmermann und E. Zwintz** (2005): „German Migration. Development, Assimilation, and Labor Market Effects“. In: *European Migration – What do We Know?* Edited by Klaus F. Zimmermann. Oxford: Oxford University Press.
- Berman, E., J. Bound und S. Machin** (1998): „Implications of skill-biased technological change. International Evidence“. In: *Quarterly Journal of Economics* 113(4), S. 1245–1279.
- Blanchet, T.** (2018): Applying Generalized Pareto Interpolation with gpinter. <https://thomasblanchet.fr/documents/gpinter-vignette.pdf>, 08.09.2018.
- Blömer, M. J., M. Dolls, M. Löffler, T. Markefke, A. Peichl, H. Stichnoth und M. Ungerer** (2016): Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mannheim.
- Blossfeld, H.** (1985): Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt/New York: Campus.
- Bönke, T. und H. Brinkmann** (2017): Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bönke, T., G. Corneo und H. Lüthen** (2015a): „Lifetime earnings inequality in Germany“. In: *Journal of Labor Economics* 33(1), S. 171–208.
- Bönke, T., M. Giesecke und H. Lüthen** (2015b): The Dynamics of Earnings in Germany. Evidence from Social Security Records. Discussion Paper, DIW Berlin, Nr. 1514/2015.
- Bonin, H. und R. Euwals** (2005): „Why are Labor Force Participation Rates of East German Women so High?“. In: *Applied Economics Quarterly* 51(4), S. 359–386.
- Buenstorf, G. und C. Guenther** (2010): „No place like home? Relocation, capabilities, and firm survival in the German machine tool industry after World War II“. In: *Industrial and Corporate Change* 20, S. 1–28.

- Buhmann, B., L. Rainwater, G. Schmaus und T. Smeeding** (1988): „Equivalence Scales, Well-being, Inequality and Poverty. Sensitivity estimates across ten countries using the Luxembourg Income Study (LIS) “. In: *Review of Income and Wealth* 34, S. 115–142.
- Bundesagentur für Arbeit** (2018): <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Arbeitnehmerueberlassung/Arbeitnehmerueberlassung-Nav.html>, 16.10.2018.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie** (2018): <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Ministerium/72-82.html>, 3.10.2018.
- Bundesregierung** (2018): https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMWI/jahreswirtschaftsbericht-2018_670900.html, 08.09.2018.
- Bundeszentrale für politische Bildung** (2012): <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138012/geschichte-der-zuwanderung-nach-deutschland-nach-1950?p=all>, 08.09.2018.
- Bundeszentrale für politische Bildung** (2017): <http://www.bpb.de/apuz/250663/agenda-2010-und-arbeitsmarkt-eine-bilanz?p=all>, 02.10.2018.
- Deutscher Gewerkschaftsbund** (2018): <http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen>, 16.10.2018.
- Diebolt, C. und V. Guiraud** (2000): „Long Memory Time Series and Fractional Integration. A Cliometric Contribution to French and German Economic and Social History“. In: *Historische Sozialforschung* 15(3/4), S. 4–22.
- Dustmann, C., B. Fitzenberger, U. Schönberg und A. Spitz-Oener** (2014): „From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany’s Resurgent Economy“. In: *Journal of Economic Perspectives* 28 (1), S. 167–188.
- Economist** (2004): „Germany on the Mend“. <http://www.economist.com/node/3352024>, 08.09.2018.
- Elborgh-Woytek, K., M. Newiak, K. Kochhar, S. Fabrizio, K. R. Kpodar, P. Wingender, B. J. Clements und G. Schwartz** (2013): Women, Work, and the Economy. Macroeconomic Gains from Gender Equity. IMF Staff -Discussion Notes No. 13/10.
- Ellgut, P. und S. Kohaut** (2005): „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel“. In: *WSI Mitteilungen* 7/2005, S. 398–406.
- Ellgut, P. und S. Kohaut** (2008): „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2007“. In: *WSI Mitteilungen* 9/2008, S. 1–5.

- Ellgut, P. und S. Kohaut** (2013): „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2012“. In: *WSI Mitteilungen* 4/2013, S. 281–288.
- Ellgut, P. und S. Kohaut** (2017): „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Ergebnisse aus dem IAB- Betriebspanel 2016“. In: *WSI Mitteilungen* 4/2017, S. 278–286.
- Frerich, J. und M. Frey** (1993): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik. Band 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit. Oldenburg: De Gruyter.
- Frey, C. B. und M. A. Osborne** (2013): *The Future of Employment. How susceptible are Jobs to Computerisation?* Oxford: Oxford University Press.
- Garbuszus, J. M., N. Ott, S. Pehle und M. Werding** (2018): *Wie hat sich die Einkommenssituation von Familien entwickelt? Ein neues Messkonzept.* Ruhr-Universität Bochum, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Grabka, M. und J. Goebel** (2017): „Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit“. In: *DIW Wochenbericht* 4/2017, S. 71–82.
- Haan, P., H. Stichnoth, M. Blömer, H. Buslei, J. Geyer, C. Krolage und K. Müller** (2017): *Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politikszenerien.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hillringhaus, T. und A. Peichl** (2010): *Die Messung von Armut unter Berücksichtigung regional divergierender Lebenshaltungskosten und öffentlicher Leistungen.* IZA Discussion Paper Series Nr. 5344.
- Holst, E. und L. Kröger** (2013): „Frauen tragen immer mehr zum gemeinsamen Verdienst in Partnerschaften bei“. In: *DIW Wochenbericht* 12/2013, S. 10–13.
- Killingsworth, M. R. und J. J. Heckman** (1986): „Female labor supply. A survey“. In: *Handbook of Labor Economics*, 1 (C), S. 103–204.
- Kluge, J. und M. Weber** (2018): „Decomposing the German East-West wage gap“. In: *Econ Transit*, 26, S. 91–125.
- Kohaut, S. und S. Schnabel** (2002): „Tarifverträge – nein danke?“. In: *IAB Materialien* 1/2002, S. 4–5.
- Konrad-Adenauer-Stiftung** (2019): *DDR – Mythos und Wirklichkeit. Arbeitswelt und Berufstätigkeit der Frau.* <https://www.kas.de/web/ddr-mythos-und-wirklichkeit/arbeitswelt-und-berufstaetigkeit-der-frau>, 07.02.2019.
- Koulovatianos, C., U. Schmidt und C. Schröder** (2005): „On the Income Dependence of Equivalence Scales“. In: *Journal of Public Economics*, 89, S. 967–996.

- Krugman, P. und A. J. Venables** (1995): „Globalization and the inequality of nations“. In: *The Quarterly Journal of Economics* 110, S. 857–880.
- Lillemeier, S.** (2016): Der „comparable worth“-Index als Instrument zur Analyse des Gender Pay Gap. Arbeitsanforderungen und Belastungen in Frauen- und Männerberufen. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- OECD** (1982): The OECD List of Social Indicators. Paris.
- Peichl, A., M. Ungerer, P. Hufe und I. Kyzyma** (2017): „Wohlstand für alle“. Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schober, P. S. und J. Stahl** (2014): „Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West“. In: *DIW Wochenbericht* 40/2014, S. 986–994.
- Statistisches Bundesamt** (2018a):
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/VerdiensteVerdienstunterschiede.html>, 08.09.2018.
- Statistisches Bundesamt** (2018b):
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/LebendgeboreneDifferenz.html>, 08.09.2018.
- Tophoven, S., T. Lietzmann, S. Reiter und C. Wenzig** (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wood, A.** (1995): „How Trade Hurt Unskilled Workers“. In: *The Journal of Economic Perspectives* 9 (3), S. 57–80.

Anhang



KASTEN 2 Daten Mikrozensus 1962 bis 2013

Als Datengrundlage der vorliegenden Studie dient der Mikrozensus, eine seit 1957 fast jährlich durchgeführte repräsentative Befragung privater Haushalte in Deutschland, die einen Anteil von einem Prozent an der Grundgesamtheit ausmachen. Die amtlichen Mikrodaten stellt das Statistische Bundesamt bzw. das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften allerdings erst für die Zeit ab 1962 zur Verfügung. Für die Studie werden die vom GESIS bereitgestellten Scientific Use Files genutzt. Aktuell nehmen etwa 380.000 Haushalte mit 820.000 Personen an der Mehrthemenumfrage teil. Der Mikrozensus erfasst insbesondere die Familien- und Haushaltszusammensetzung, den Bildungshintergrund, die Arbeitsmarktsituation und das Einkommen der Teilnehmer.

Aufgrund seiner Stichprobengröße, der hohen Kontinuität im Befragungsdesign im Zeitverlauf und der gesetzlichen Auskunftspflicht bei einer Großzahl der Fragen stellt der Mikrozensus eine wichtige Datenquelle zur Analyse langfristiger Entwicklungen in Deutschland dar.

Über den gesamten Zeitraum der Mikrozensus-erhebung hinweg wurden zwar sehr viele, jedoch nicht alle hier zu untersuchenden Fragen gestellt. So liegen beispielsweise Informationen über den höchsten Bildungsabschluss im Mikrozensus erst ab 1976 und in der Volkszählung ab 1970, Informationen über befristete Arbeitsverträge erst mit der Einführung des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985 und Informationen zu den Tätigkeiten nach Blossfeld durch die Einführung neuer Berufsklassifikationen nur bis 2012 vor (zu Letzterem siehe Kasten 3). Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit können folglich die Betrachtungszeiträume für einige Analysen vom generell für diese Studie geltenden Zeitraum abweichen. Zudem liegen die Einkommensinformationen nur als gruppierte Daten vor. Es kann also nur beobachtet werden, ob das Einkommen einer Person innerhalb einer der bis zu 24 Einkommensklassen liegt. Der jeweilige genaue Einkommenswert ist aus Erhebungs- und Datenschutzgründen nicht bekannt. Hierbei handelt es sich um ein insbesondere bei amtlichen und großen Datensätzen häufig auftretendes Problem, dem mit einer generalisierten Pareto-Schätzung begegnet werden kann. Bei der Anwendung dieser Methode haben wir aus den klassierten Daten unter der Annahme einer generalisierten Beta-Verteilung (generalized beta distribution of the second kind – GB2) eine kontinuierliche Einkommensverteilung rekonstruiert. Für eine beispielhafte Anwendung und detaillierte technische Erläuterung des methodischen Vorgehens siehe Blanchet (2018).

Für die vorliegende Analyse bestand eine weitere Herausforderung darin, dass für Haushalte nur die verfügbaren Einkommen erhoben wurden. Diese umfassen sämtliche Arten von Einkommen, so zum Beispiel Lohn oder Gehalt, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützungsleistungen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Kindergeld und Wohngeld. Einerseits stellt dieses Maß eine gute Approximation für den Lebensstandard der Individuen dar, da es

deren Konsummöglichkeiten und somit deren ökonomische Stellung widerspiegelt. Andererseits schuf es für die Analyse der individuellen Beschäftigungssituation zwei Hürden: Erstens konnten wir Arbeits- und Vermögenseinkommen nicht eindeutig voneinander trennen. Da Kapital- und Vermögenseinkommen stark in der Spitze der Einkommensverteilung konzentriert sind, spielen diese andererseits für den Großteil der Bevölkerung nur eine sehr untergeordnete Rolle. Bartels und Jenderny (2015) zeigen, dass für die Einkommensbezieher in den Perzentilen 90 bis 95 des Jahres 2007 Arbeitseinkommen (selbstständige und unselbstständige Beschäftigung) über 90 Prozent ausmachen; für jene in den Perzentilen 95 bis 99 sind es immerhin über 80 Prozent. Dies spiegelt sich auch in dem geringen Anteil der Haushalte mit Aktienbesitz in Deutschland von unter 10 Prozent wider (Bönke und Brinkmann 2017). Zweitens umfasst das verfügbare Einkommen auch staatliche Transferzahlungen. Letztere bemessen sich aber in der Regel – so zum Beispiel bei Arbeitslosen- oder Rentenversicherungsleistungen – anhand der Höhe der Arbeitseinkommen, sodass ein Rückschluss auf die individuelle Beschäftigungssituation dennoch gut möglich ist. Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die im Mikrozensus verfügbaren Einkommensinformationen trotz der dargestellten Einschränkungen einen guten Indikator für die wirtschaftliche Lage der Individuen am Arbeitsmarkt darstellen.

KASTEN 3 Berufsklassifikation nach Blossfeld

Kategorie	Berufsgruppe	Berufsbeispiele
Einfach (unqualifiziert)	Agrarberufe	Landwirt, Waldarbeiter
	einfache manuelle Berufe	Straßenbauer, Schweißer
	einfache Dienste	Kellner, Gebäudereiniger
	einfache kaufmännische Verwaltungsberufe	Telefonist, Kassierer
Mittel (qualifiziert)	qualifizierte manuelle Berufe	Elektriker, Schlosser
	Techniker	Maschinenbau-, Vermessungstechniker
	qualifizierte Dienste	Polizist, Friseur
	Semiprofessionen	Krankenpfleger, Sozialarbeiter
	qualifizierte kaufmännische und Verwaltungsberufe	Bankfachleute, Bürofachleute
Hoch (hochqualifiziert)	Ingenieure	Architekt, Chemiker
	Professionen	Anwalt, Zahnarzt
	Manager	Geschäftsführer, Minister

Quelle: GESIS nach Blossfeld 1985, Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt, Campus, S. 6.

Die Berufsklassifikation nach Hans-Peter Blossfeld unterscheidet zwölf Berufsgruppen, gebildet anhand von Berufsklassen, Wirtschaftssektoren und Qualifikationsniveaus. Mithilfe der Kategorisierung kann bestimmt werden, ob in bestimmten Berufen einfache, mittlere oder hochqualifizierte Tätigkeiten ausgeübt werden.

KASTEN 4 **Verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen**

In unserer Studie haben wir die Entwicklung der verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen in Bezug auf verschiedene Bevölkerungsgruppen analysiert. Verfügbar bedeutet hierbei, dass es sich um die gesamten Einkünfte eines Haushalts nach Steuern und staatlichen Transferzahlungen (zum Beispiel Arbeitslosengeld, Elterngeld) handelt. Um die Ressourcenausstattung von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung und Größe vergleichen zu können, ist es in der ökonomischen Forschung zudem üblich, die Äquivalenzeinkommen eines Haushalts zu berechnen. Auf diese Weise kann berücksichtigt werden, dass die gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgegenständen Einspareffekte mit sich bringt. Um die Haushaltsäquivalenzeinkommen zu berechnen, haben wir die von der OECD (1982) vorgeschlagene Gewichtung verwendet, da diese gegenüber einkommensabhängigen Äquivalenzskalen eine größere Akzeptanz und Verbreitung hat und als Standard etabliert ist.* Der Haupteinkommensbezieher erhält dabei ein Bedarfsgewicht von 1, jeder weitere Erwachsene im Haushalt ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 (vgl. Buhmann et al. 1988). Das Haushaltseinkommen wird sodann durch die gewichtete Summe der Haushaltsmitglieder dividiert, sodass man das unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen eines Haushalts erhält (Grabka und Goebel 2017).

Haushaltstyp	Monatliches Nettoeinkommen	Äquivalenzgewicht	Nettoäquivalenzeinkommen
Alleinerziehender Erwachsener	2.500 €	1	$\frac{2.500 \text{ €}}{1} = 2.500 \text{ €}$
Alleinerziehender Erwachsener mit zwei Kindern	2.500 €	$1 + 2 \cdot 0,3 = 1,6$	$\frac{2.500 \text{ €}}{1,6} \approx 1.563 \text{ €}$
Paar mit zwei Kindern	2.500 €	$1 + 0,5 + 2 \cdot 0,3 = 2,1$	$\frac{2.500 \text{ €}}{2,1} \approx 1.190 \text{ €}$

*Eine umfassende Analyse der Problematik einkommensabhängiger Äquivalenzskalen findet sich in Koulovatianos (2005). Auch Garbuszus et al. (2018) diskutieren, wie empfindlich Ergebnisse bezüglich der Wahl alternativer einkommensabhängiger Skalen sind und wie diese insbesondere für Familien mit Kindern zu anderen Ergebnissen führen.

KASTEN 5 Das multivariate Regressionsmodell zur Einkommenschätzung

Zur Bestimmung der bereinigten Einkommenstrends der Haushalte, unabhängig von strukturellen Änderungen der Bevölkerungszusammensetzung im Hinblick auf Alter, Familienzusammensetzung und regionale Veränderungen, wurde das folgende Ordinary-Least-Square-Regressionsmodell verwendet:

$$y = \alpha + \gamma Z + \sum_{ij} \beta_{ij} X_i X_j + u$$

Die abhängige Variable y bezeichnet das logarithmierte Äquivalenzeinkommen der Haushalte, u den Störterm. Die Regressoren sind im Vektor Z zusammengefasst: Region, Haushaltstyp, Bildung, Zeittrend durch Jahres-Dummys, Alter, Alter quadriert, Kinderzahl und Bundeslandzugehörigkeit. Zusätzlich werden die Variablen Region (West/Ost), Haushaltstyp, Bildung und der Zeittrend miteinander interagiert in das Modell aufgenommen und als Interaktionsterme $\sum_{ij} \beta_{ij} X_i X_j$ dargestellt. Dieses Vorgehen erlaubt es, sowohl für die allgemeinen Änderungen der Zusammensetzung der Haushalte zu kontrollieren (vgl. Abbildung 11) als auch andere, nicht direkt in unseren Daten beobachtbare gesamtgesellschaftliche Trends zu berücksichtigen. Indem wir in dem Regressionsmodell für die angegebenen Eigenschaften kontrollieren, können wir kontrafaktische Szenarien entwerfen. Diese geben uns zum Beispiel Hinweise darauf, wie sich das Einkommen entwickelt hätte, wenn die demographische Struktur konstant geblieben wäre, etwa bezüglich des Alters. Somit lässt sich die Entwicklung der verfügbaren Einkommen analysieren und dabei von der Bevölkerungsentwicklung abstrahieren.

Für die einzelnen Bevölkerungsgruppen (g) nach Bildungsstand, Haushaltstyp und Jahr wurden die mittleren geschätzten Einkommen berechnet – für das Jahr 2013 also auf der Basis der geschätzten Koeffizienten und Charakteristika von 2013:

$$\hat{y}_{g,2013} = \hat{\alpha}_{g,2013} + \hat{\gamma}_{2013} \bar{Z}_{2013}$$

Das kontrafaktische Einkommen hingegen wurde mit den geschätzten Koeffizienten von 2013 und mit den Charakteristika von 1976* berechnet:

$$\hat{y}_{g,2013}^k = \hat{\alpha}_{g,2013} + \hat{\gamma}_{2013} \bar{Z}_{1976}$$

Die Abbildungen 16 und 17 geben die Wachstumsraten des kontrafaktischen Einkommens (für 2013 zum Beispiel: $\hat{y}_{g,2013}^k / \hat{y}_{g,1976}$) wieder. Sie zeigen den bereinigten Wachstumstrend, der sich ergibt, wenn man die Charakteristika auf dem Niveau des Basisjahres konstant hält.

Beispielsweise hätten westdeutsche alleinstehende Frauen mit einem geringen Bildungsniveau seit 1976 einen Einkommensverlust von rund 4 Prozent erlitten, wenn man von der Annahme ausgeht, die demographische Entwicklung in dieser Gruppe habe seit 1976 keine strukturellen Veränderungen mit sich gebracht. Dieser Befund lässt darauf schließen, dass ein Teil des Einkommensverlusts durch eine Veränderung der Charakteristika ausgeglichen werden konnte.

* 1976 dient als Basis für die Berechnung für Westdeutschland. Für die Berechnungen für Ostdeutschland wird das Basisjahr 1991 genommen.

Diskussionsbeiträge - Fachbereich Wirtschaftswissenschaft - Freie Universität Berlin
Discussion Paper - School of Business and Economics - Freie Universität Berlin

2019 erschienen:

- 2019/1 WANGENHEIM, Jonas von
English versus Vickrey Auctions with Loss Averse Bidders
Economics
- 2019/2 GÖRLITZ, Katja; Merlin PENNY und Marcus TAMM
The long-term effect of age at school entry on competencies in adulthood
Economics
- 2019/3 BEZNOSKA, Martin
Do Couples Pool Their Income? Evidence from Demand System Estimation
for Germany
Economics